

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,60 M. im voraus zahlbar, Vierteljahr 4,32 M., einschließlich 60 Pf. Postzuschlag und 72 Pf. Postbefreiungsgeldern. Auslandsabonnements 6,- M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksatz 5,- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ illustrierte Beilage „Wolf und Feil“ Ferner „Frauenstimme“, „Takt“, „Bild in die Bücherwelt“, „Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtblätter“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch
22. Juli 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampfbroschüre 60 Pf. Kellamergasse 8.- M. „Kleine Angelegenheiten“ das festgedruckte Wort 25 Pf. (goldig) zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 12 Pf. Heft 14. Tarif. Stellenangebote das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Weihnachtsmarkt Seite 66 Pf. Familienanzeigen Seite 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäftsbüro Lindenstraße 3, wochentags von 8^{1/2} bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 232-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. D. B. u. Disc.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 63/66.

Frankreich isoliert.

Amerika und England bleiben fest.

V. Sch. London, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Der neue Hoovers-Plan hat auf der Londoner Konferenz eine ganz neue Situation geschaffen. Von dem ursprünglichen französischen Plan einer Zwei-Milliarden-Anleihe mit finanziellen und politischen Garantien ist jetzt keine Rede mehr. Diese unerwartete Wendung hat im Augenblick die Franzosen so stark betroffen, daß bei ihnen am Nachmittag davon gesprochen wurde, daß die Konferenz spätestens am Mittwochabend ergebnislos auseinandergehen würde. Niemand hat diese Drohung wirklich ernst genommen. Ebenjowenig hat der neue Angriff Frankreichs auf die Bank von England und auf den Pfundkurs, der heute wieder zur Zurückziehung von Gold in Höhe von rund 70 Millionen Schilling führte, die Engländer einzuschüchtern vermocht. England ist entschlossen, mit Amerika für eine unverzüglich e Hilfe an Deutschland einzutreten und sich dabei jeder politischen Demütigung Deutschlands zu widersetzen.

Die Ankündigung, daß Macdonald und Henderson ermaßen, ihren verhöhenen Besuch in Berlin unmittelbar im Anschluß an die Londoner Konferenz zu machen und daß sie vielleicht sogar zusammen mit Brüning und Curtius nach Berlin reisen würden, ist die direkte Antwort auf alle Einschüchterungsversuche.

Zwei Punkte standen im Vordergrund der Diskussionen einer Komiteesitzung der Finanzminister mit Brüning unter dem Vorsitz von Macdonald. Sie hatte einen vorwiegend technischen Charakter. Es handelte sich hauptsächlich um zwei Fragen: 1. Bildung eines Stillhaltekonfor-

tiums aller ausländischen Banken, die in Deutschland kurzfristige Kredite investiert haben und die sich verpflichten sollen, keine Rückbildungen und Zurückziehungen mehr vorzunehmen, eventuell zur Umwandlung dieser kurzfristigen Kredite in eine langfristige Anleihe. 2. Gewährung eines Rediskonkredits an die Reichsbank, um ihr die Möglichkeit zu geben, ihre normale vierzigprozentige Rotendung zu erreichen und neue Zahlungsmittel in Umlauf zu setzen. Auf diesen zwei Grundgedanken bauen sich mehrere Vorschläge auf, die von den einzelnen Delegationen am Donnerstag der Vollkonferenz unterbreitet werden.

Auch Frankreich wird sich dieser internationalen Aktion kaum mehr verschließen können, zumal die Amerikaner mit Nachdruck erklären, daß sie entschlossen seien, wenn es anders nicht geht, die Aktion ohne Frankreich, dafür mit England, der Schweiz, Holland und Japan durchzuführen. Frankreich hat sich durch seine bisherige Haltung in eine peinliche Isolierung hineinmanövriert. Daran ist nicht so sehr Laual schuld, als der Finanzminister Flandin, der den reaktionären Lardieu-Flügel vertritt. Laual ist auf außenpolitischem Gebiet noch weniger erfahren, aber er ist anscheinend guten Willens, und er dürfte, gestützt auf Briand und Petri, den Rückzug rasch antreten. Die Briten sind jedenfalls heute abend über den Ausgang der Konferenz sehr optimistisch und man zweifelt nicht daran, daß spätestens Donnerstag eine Vereinbarung erzielt werden wird.

(Siehe auch 2. Seite.)

Reparationen, Kriegsschulden, Abrüstung.

Von den Frankfurter Beschlüssen zum Hoover-Vorschlag.

Von Emil Vandervelde.

Der Vorschlag Hoovers war wie ein Lichtstrahl aus einem gewitterschwangeren Himmel erschienen. Kaum acht Tage später waren die Ereignisse über ihn hinweggegangen. Und heute treten alle Erwägungen zurück hinter der katastrophalen Lage in Deutschland, hinter der internationalen Notwendigkeit, um jeden Preis Abhilfe zu schaffen. Wer nicht das Unheil für unabweislich ansieht — in welchem Falle alle weiteren Diskussionen nutzlos wären — muß, selbst wenn er gestern noch gewisse Lösungen als „endgültig“ ansah, zugeben, daß der Plan Hoovers dringender denn je die Problemreihe: Reparationen, Kriegsschulden, Abrüstung aufwirft.

Es werden bald zehn Jahre vergangen sein, seit die Sozialisten der hauptsächlich daran beteiligten europäischen Staaten (Deutschland, England, Belgien, Frankreich und Italien) in Frankfurt im Jahre 1922 folgende, kurz darauf von der Internationale ratifizierte Lösungsvorschläge über die einzelnen Punkte ausarbeiten:

1. Reparationen, aber beschränkt auf die direkten Schädigungen, welche die Zivilbevölkerung erfahren hatte.
2. Streichung der Kriegsschulden.
3. Beendigung der militärischen Okkupationen und Herabsetzung der Rüstungen mit dem Ziel, zu einer allgemeinen, gleichzeitigen und kontrollierten Abrüstung zu gelangen.

Derartige Vorschläge finden heute mehr und mehr Anhänger auch in Kreisen, welche der Sozialdemokratie fernstehen. Aber es bedurfte erst der bitteren Lehre, welche die unheilvollen Ergebnisse der entgegengesetzten Politik zeitigten, bevor sich ein Teil des Bürgertums in diesem Sinne umstellte.

Auf Antrag des Generals Smuts und mit Zustimmung von Lloyd George wurden die Militärpensionen in die Reparationen einbezogen, deren Summe dadurch zu astronomischen Ziffern answoll. Später mußte man allerdings den Gesamtbetrag auf ein immer noch enormes, aber weniger übertriebenes Maß reduzieren, ohne aber die Militärpensionen wieder herauszunehmen. Das Endergebnis bestand darin, daß gerade denjenigen Ländern, welche am meisten unter dem Krieg gelitten haben, nämlich Frankreich und vor allem Belgien, der Anteil an den Annuitäten aus dem Dawes- und dem Young-Plan auf einen viel geringeren Prozentsatz herabgedrückt wurde, als wenn man sich auf die Wiedergutmachung der direkten Schäden beschränkt hätte.

In bezug auf die Kriegsschulden hat sich bekanntlich England von Anfang an prinzipiell für deren Streichung ausgesprochen. Es stellte sich auf den Standpunkt, von seinen Schuldner nicht mehr zu fordern als den Gegenwert dessen, was es selbst an die Vereinigten Staaten zu zahlen hat. Diese dagegen haben sich bis jetzt unachgiebig gezeigt. Nachdem sie während der Zeit ihrer Neutralität aus dem Handel mit den kriegführenden Staaten gewaltige Gewinne erzielt hatten, weigerten sie sich nun, von ihren Forderungen gegenüber Europa auch nur einen Deut nachzulassen. Sie haben sogar Belgien die Befreiung von seinen Kriegsschulden verweigert, was ihnen von Wilson versprochen wurde und von Frankreich und England in vollem Umfang gewährt worden ist. Hoover erklärt die amerikanischen Schuldforderungen auch heute noch als unantastbar. Er hat lediglich ein Moratorium vorgeschlagen, das seinen Schuldner erlauben soll, Atem zu schöpfen. Er lehnt jeden Schuldennachschuß ab, obwohl er in Paris am 3. August 1918 erklärt hatte: „Ihr schuldet uns keine Dankbarkeit für das, was die Vereinigten Staaten getan haben, denn es handelt sich um die gemeinsame Verteidigung.“ Wenn er dennoch Zahlungsaufschübe und Fristen gewährt unter der Bedingung, daß die andern desgleichen tun, was es sie auch koste, so tut er dies — und er verbirgt es auch nicht — im wohlverstandenen Interesse der Vereinigten Staaten selbst; seine Schonung Europas, und ganz besonders Deutschlands, entspringt keineswegs gefühlsmäßigen Erwägungen.

Bei den militärischen Okkupationen bedurfte es des Mißerfolgs an der Ruhr, um die früheren Alliierten zu deren vorzeitigen Beendigung zu bewegen. Aber wenn auch die Okkupationen aufgehört haben, die Rüstungen dauern weiter an. Was für ein schöner Vorwand für die Nichtamplifizierung der

Der IOB. tagt in Berlin.

Die erste Zusammenkunft des Vorstandes.

Gestern fand gemißermaßen die feierliche Einweihung des Sieges des Internationalen Gewerkschaftsbundes nach der Ueberführung in Berlin statt. Der Vorstand des IOB. tagte zum erstenmal in Berlin und nahm diese Gelegenheit wahr, um die Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Sozialdemokratischen Partei, der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, der internationalen Berufssekretariate, soweit sie in Berlin ihren Sitz haben, sowie die Vertreter der sozialdemokratischen Arbeiterpresse einzuladen.

Citrine, der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften und Vorsitzender des IOB. hielt die Begrüßungsrede, in der er besonders auf die Krise hinvies, die Deutschland heute erleidet. Das deutsche Volk habe seit dem Kriege Ungeheures erduldet, und die Krisen seien fast nicht zu zählen, die es durchgemacht habe.

Kein Volk der Erde habe so viel gelitten wie das deutsche Volk.

Es sei bewundernswert, mit welcher Gelassenheit, mit welcher Ausdauer und Hartnäckigkeit das deutsche Volk und besonders die deutsche Arbeiterklasse diese Krisen überstanden habe. Der Internationale Gewerkschaftsbund, der nunmehr in Berlin seinen Sitz habe, sei stolz darauf, die deutschen Gewerkschaften zu seinen Mitglieðern zu zählen. Wir in England, sagte Citrine, haben seit Jahren die deutschen Gewerkschaften als ein Musterbeispiel entschlossenen und zähen Aufbaumillens betrachtet. Unter den Anwesenden befanden sich die Genossen Wels, Breiltscheid und Veipart, deren Namen nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt einen guten Klang haben. Wir haben das Vertrauen, daß die deutsche Arbeiterklasse auch diese Krise, die wohl

die schwerste aller Krisen

ist, die es je durchgemacht hat, siegreich überwinden wird.

Die Genossen Wels und Veipart antworteten dem Präsidenten des IOB. für die deutschen Organisationen, Genosse Georg Kappeler, Sekretär der Bauarbeiterinternationalen, im Namen der Vertreter der internationalen Berufssekretariate. Genosse Wels ging besonders auf die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise ein und sagte, daß es für den IOB. vielleicht von Nutzen sein würde, wenn er an der Stelle seinen Sitz habe, wo die Wirtschaftskrise, die heute die ganze Welt erschüttert, am stärksten brandet.

Genosse Veipart erklärte für die deutschen Gewerkschaften, daß sie die hohe Ehre der Siegerlegung nach Berlin wohl zu würdigen wüßten und daß sie, wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft

bescheidene und eifrige Mitglieder des IOB.

bleiben würden. Die deutschen Gewerkschaften würden es peinlich vermeiden, irgendwie in die Geschäfte des IOB. dreinzureden, sie würden ihn aber mit allen Kräften unterstützen.

Kappeler gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß das innige Zusammenarbeiten zwischen dem IOB. und den internationalen Berufssekretariaten auch in Berlin gewährleistet sein würde.

Im Anschluß an die einfache aber herzliche Begrüßungsfeierlichkeit fand ein Rundgang durch die Räume des IOB. statt, der seinen Sitz im Herzen des proletarischen Südostens, in der Köpenicker Straße, aufgeschlagen hat. Jeder Brunt ist hier streng verboten. Es sind hellere, einfache Arbeitsräume, in denen die Zentrale der internationalen Gewerkschaftsbewegung nunmehr tätig sein wird.

Die Vorstandssitzung, die gestern stattfand, faßte eine Reihe bedeutsamer Entschlüsse. Es wurde

eine Entschlußung und ein Aktionsprogramm zur internationalen Abrüstung

ausgearbeitet, die zunächst der Exekutive der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dann dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Wien zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Wir können daraus jetzt schon mitteilen, daß unter anderem in allen Ländern große internationale Meetings vorgesehen sind, die gemeinsam von den Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien veranstaltet werden. Es soll in allen Ländern ein Petitionskursus entfacht werden, um auf die Regierungen und die Abrüstungskommission des Völkerbundes einzuwirken.

Es ist weiter beschlossen worden, die Sommerhule des IOB. in diesem Jahr in Oxford abzuhalten, und zwar vom 23. bis 29. August im Rustin College. Ferner ist beschlossen worden, im nächsten Jahr die Studienreise nach dem Fernen Osten, und zwar nach Japan, China und Indien vorzunehmen. An den Verhandlungen des Vorstandes des IOB. nahmen zu diesem Punkte auch Vertreter der japanischen Gewerkschaften teil, die diese Reise dort vorbereiten sollen. Schließlich wurde die Lage der Gewerkschaften in den Balkanländern eingehend besprochen und beschlossen, daß der Generalsekretär Mitte September nach Bulgarien, Jugoslawien, Griechenland und dann nach Ägypten fahren soll, um die dort bestehenden Zwistigkeiten zu beheben.

Ueber Gehälter kann verfügt werden.

Verfügung über Gehaltsüberweisungen nach dem 25. Juni

Durch die letzte Notverordnung ist sichergestellt, daß über Guthaben, die aus Ueberweisungen für Gehaltszahlungen nach dem 25. Juni entstanden sind, frei verfügt werden kann. Selbstverständlich wird auch in künftigen Notverordnungen über die Abwicklung der Bankfeiertage die freie Verfügung über derartige Beträge gewahrt bleiben.

Kriegsschulden ist für die amerikanischen Großkapitalisten das Schauspiel, das die Regierungen Europas bieten, die mitten in der schwersten Krise Milliarden aufbringen, um die Lasten ihres Militärapparates noch zu erhöhen!

In einem Zeitpunkt, da Deutschland am Ende seiner Kräfte ist, wo es, um die für die Rettung seiner Wirtschaft erforderlichen Operationen durchführen zu können, an die Solidarität der internationalen Finanz appellieren muß, setzt es zwar das Budget der Reichswehr um fünfzig Millionen Mark herab, weigert sich jedoch, die freundschaftlichen Vorschläge, zum Beispiel aus England, auszuführen und irgend etwas an den Ausgaben für seine Marine abzustreichen. Was Frankreich und Belgien betrifft — eben, da die Annahme des Vorschlages Hoovers in ihre Einnahme ein schwer auszufüllendes Loch reißt — beharren ihre Regierungen trotz der sozialistischen Proteste darauf, Milliarden auszugeben, um gegen Deutschland, das, zumindest an der Westgrenze, keine Festungen besitzen darf, Festungsgürtel zu errichten. Wer sieht unter diesen Umständen nicht, daß zwischen den Problemen der Reparationen, der Kriegsschulden und der Rüstungen Beziehungen bestehen, über deren Anerkennung sich die Sozialisten seit Frankfurt einig sind, und von denen man, wenn der Ortan vorbei ist, wieder sprechen wird müssen, sobald durch die unwiderstehliche Gewalt der Dinge die Politik und die Pläne von früher der Revision unterzogen werden. Es ist gerechtfertigt, daß, wie in Frankfurt und Hamburg beschlossen wurde, die Reparationsleistungen auf die direkten Schäden beschränkt werden, die der Zivilbevölkerung durch die Invasion zugefügt worden sind. Es ist andererseits, wenn man Europa aus den katastrophalen Schwierigkeiten, in denen es sich befindet, befreien will, notwendig, daß die vollständige Streichung der Kriegsschulden mit Hilfe eines gerechten Ausgleichs gestatte, die dann noch übrigbleibenden Wiedergutmachungsverpflichtungen auf verhältnismäßig kleine Beträge herabzusetzen.

Aber vor allem und über allem ist es unerlässlich, wenn man nicht will, daß alles im Abgrund versinkt, an den Militärbudgets scharfe Kürzungen vorzunehmen. Benedikt Kaussky hat in einem Buche, dessen Vektüre nicht genug empfohlen werden kann, darauf hingewiesen und mit Zahlen belegt, daß, wenn man die Gesamtheit der Schulden, die aus dem letzten Krieg erwachsen sind, mit den Ausgaben vergleicht, die für einen künftigen Krieg gemacht werden — für einen Krieg übrigens, den alle Staaten geächtet haben —, sich eine bemerkenswerte Gleichheit der Lasten ergibt, die auf Staaten wie England, Frankreich und Deutschland, liegen: die einen zahlen mehr für ihre Rüstungen, die andern für die Begleichung ihrer Schulden; aber im Endergebnis sind alle fast gleich stark belastet.

Somit beherrscht das Problem der Abrüstung letzten Endes alle anderen Fragen. Der vergangene Krieg wird nur dann auf befriedigende Weise liquidiert werden können, wenn man den ruhmlosen Vorbereitungen für das ein Ende setzt, was manche den morgigen Krieg zu nennen wagen. Andernfalls — jedermann beginnt sich darüber Rechenschaft abzugeben, und die Ereignisse in Deutschland öffnen den Blindesten die Augen — gehen wir einer wirtschaftlichen, politischen und sozialen Katastrophe entgegen. Alle Moratorien der Welt werden nicht verhindern, daß überall dort, wo der siegreiche Vormarsch des Proletariats von den Regierungen eine Politik materiell ins Gewicht fallender sozialer Reformen erzwingt und jeden Angriff darauf abwehrt, diese Sozialpolitik unvereinbar wird mit der drückenden Lasten hervorgerufenen Rüstungspolitik. Beides zugleich — Sozialpolitik und Aufrüstung — ist unmöglich. Der Rüstungswahn führt zum Krieg und in den Abgrund. Mit einem Wort: immer mehr wird zur selbstverständlichen Wahrheit der Satz: „Europa wird abgerüstet oder es wird nicht mehr sein.“

Hugenbergs Mannen.

Entschlüsse der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Dienstag in Berlin zur wirtschaftlichen und politischen Lage zwei Resolutionen angenommen. Die eine fordert Ueberwindung der Krise „aus eigener Kraft“. „Aus eigener Kraft“ sagte Hugenberg — da ging er hin und pumpte 23 Millionen bei der Danabank.

Die zweite Entschlüsse wendet sich gegen Verbote rechtsstehender Zeitungen. Die Herrschaften wünschen, daß nur linksradikale Blätter verboten werden. Zu Verteidigern der Pressefreiheit sind sie nicht qualifiziert.

Zahlungssperre und Telefongebühren.

Von der Reichspostverwaltung erfahren wir, daß jeder Fernsprechteilnehmer, der infolge der Sperrung seines Bankguthabens die Telefongebühren nicht pünktlich zahlen kann, eine Frist zur Zahlung erhält, die erst drei Tage nach Ablauf der Bankfälligkeit beendet ist. Wegen der Zahlungsverhältnisse wird keine Sperrung des Fernsprechanschlusses stattfinden.

Der Zollunions-Prozess.

Wo bleiben die Rechte Deutschösterreichs?

Haag, 21. Juli. (Eigener Bericht.)

Vor dem Haager Internationalen Gerichtshof rückt der deutsche Vertreter Dr. Bruns die Frage der „Unabhängigkeit“ Österreichs in den Mittelpunkt der Verhandlungen. Er wandte sich dagegen, daß man nur von den durch Österreich überzunommenen Verpflichtungen, aber nicht von den von Österreich durch die Verträge erworbenen Rechten spreche. Auch nach der französischen Denkschrift könne Österreich normale Verpflichtungen übernehmen. Nirgends sei Österreich in den Verträgen die Freiheit genommen, selbständig Verträge zu schließen und handelspolitische Abmachungen zu verhandeln.

Ein Abrüstungsprogramm der französischen Regierung ist veröffentlicht worden. Das ausführliche Schriftstück enthält eine Fülle von Zahlen der Truppenstärke, wie sie sich unter der ersten Abrüstungsdebatte stellen würden. Das Programm ist eine Vorlage für die Genfer Abrüstungskonferenz, die zahlreiche Regierungsvorschläge vorfinden wird.

Kommunisten wollen Hitler.

Kommunistische Teilnahme am Stahlhelmvolksentscheid gegen Preußen.

Die kommunistische Partei hat beschlossen, sich in die Front der Hitler, Hugenberg, Seidte und Düsterberg gegen die Preußenkoalition einzureihen und sich an dem Volksentscheid zu beteiligen, den der Stahlhelm in die Wege geleitet hat, um eine extreme Rechtsregierung in Preußen herbeizuführen.

Die kommunistische Partei will das offene Bündnis mit den faschistischen Kräften in Deutschland vor ihren Anhängern damit beschönigen, daß sie der preußischen Staatsregierung ultimative Forderungen stellt. Diese Forderungen lauten:

1. Herstellung der vollen Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit für die Arbeiterschaft, Außerkräftsetzung der Notverordnungen und Zwangsmahnahmen im preußischen Staatsgebiet.
2. Sofortige Zurücknahme aller Abbaumahnahmen gegen alle Unterstützungsempfänger, insbesondere der Erwerbslosen, sowie die Zurücknahme des Gehaltsabbaues für die unteren Beamten.
3. Sicherung der vollen und sofortigen Auszahlung aller kleineren Guthaben bei allen preußischen Sparkassen.
4. Sofortige Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes als der Kampforganisation gegen Nationalsozialisten und Stahlhelmer.

Es ist selbstverständlich, daß diese Forderungen nicht ernsthaft gemeint sind, sondern daß sie nur die kommunistischen Anhänger über die Schändlichkeit des Bündnisses der Kommunisten mit dem Faschismus hinwegtäuschen sollen. Namentlich die vierte Forderung zeigt auf das deutlichste, daß es sich dabei nur um einen überaus verlogenen

Versuch handelt. Wenn die Preußenregierung nicht das Verbot des „Rotfrontkämpferbundes“ als der „Kampforganisation gegen Nationalsozialisten und Stahlhelmer“ aufhebt, will die kommunistische Partei sich in die Front der Nationalsozialisten und Stahlhelmer einreihen, um ihren angeblich schlimmsten Feinden in Preußen zur Macht zu verhelfen! Stärker konnte sich die kommunistische Partei nicht entlarven als mit dieser Forderung.

Das Bündnis mit Hitler und Hugenberg zeigt der gesamten Arbeiterschaft, daß die kommunistische Partei die wahren Interessen der deutschen Arbeiter verrät, daß sie sich jener Front anschließt, die die stärkste große deutsche Arbeiterpartei mit grimmigstem Hasse verfolgt! Eben in dem Augenblick, in dem das deutsche Scharfmachertum gegen die deutsche Sozialdemokratie aufsteht, weil sie die Schuld der bankrotten kapitalistischen Wirtschaftsführer unbarmherzig vor dem ganzen Volke angeprangert hat, fallen die Kommunisten der Arbeiterschaft in den Rücken und gesellen sich zu den Landsknechten des deutschen Scharfmachertums.

Die vereinigte Front von Hitler, Hugenberg, Seidte, Düsterberg und Thälmann wird dennoch nicht zum Ziele gelangen. Die Niederlage des Faschismus im Kampf um Preußen wird nach dieser Selbstenttarnung der kommunistischen Partei zugleich zu einer eklatanten Niederlage der Kommunisten werden.

Der neue Hoover-Plan.

Auslandskredite sollen nicht abgerufen werden!

Washington, 21. Juli.

Der volle Text des amerikanischen Vorschlages, den Staatssekretär Stimson heute der Londoner Konferenz unterbreitete, lautet:

Der Kern des Problems ist die Wiederherstellung des Vertrauens in Deutschlands Wirtschaft, in Deutschland wie im Auslande. Was die politische Seite anbetrifft, so hofft Amerika, daß die Völker Europas durch gegenseitiges Verständnis und guten Willen alle Reibungsflächen beseitigen, damit die Welt mit der politischen Stabilität Europas rechnen kann. Was die wirtschaftliche Seite anbetrifft, so ist

die gegenwärtige Notlage durchaus eine Krisis kurzfristiger Kredite.

Der Hauptdruck auf Deutschlands Wirtschaft in der Zeit der Depression ist durch den gemeinschaftlichen Schritt der Gläubigermächte mit der Suspendierung aller Zahlungen aus Regierungsschulden für ein Jahr erleichtert worden. Deutschland hat aber sein Wirtschaftsleben zu einem sehr beträchtlichen Grade durch ausländische kurzfristige Kredite finanziert. Es liegt kein Grund vor, die Sicherheit der Grundlage, auf der diese Kredite ruhen, zu bezweifeln. Aber die in den letzten Wochen herrschende allgemeine Unsicherheit brachte einen solchen Verlust an Vertrauen mit sich, daß Deutschlands Bank- und Kreditwesen einer sehr schweren Belastung ausgesetzt war. Diese Belastung nahm zwei ganz bestimmte Formen an, deren Folge ein Abfluß der Bankmittel und eine Verminderung des Geld- und Devisenbestandes war. Erstens gab es eine Flucht aus der Mark in Deutschland selbst, zweitens wurden ausländische Depositionen abgezogen und die Kredite ausländischer Banken beschlagnahmt.

Diese Bewegungen sind durch nichts zu rechtfertigen, und wenn sie durch eine gemeinsame Aktion aufgehalten werden können, so besteht kein Grund, daß die gegenwärtige Notlage nicht sofort und endgültig überwunden werden könnte. Was das nächstliegende betrifft, nämlich die innere Flucht aus der Mark, so kann dies — und es geschieht dies bereits — erfolgreich bekämpft werden durch die entschiedenen Maßnahmen der deutschen Regierung und der Reichsbank.

Wenn die unberechnete Beforgnis einmal überwunden ist, so kann der Patriotismus des deutschen Volkes sicherlich dazu gebracht werden, die Zerstörung des Kredites des eigenen Landes zu verhindern.

Was die auswärtigen Kredite betrifft, so glauben wir, daß eine erste Annäherung an dieses Problem in der Aufstellung eines Programms besteht, eine Verlängerung der laufenden Kredite auf eine angemessene Frist ermöglicht. In diesem Zusammenhang nehmen wir an, daß diese Kredite zusammen mit der Befreiung von den Reparationen und dem sich aus der Behebung der Panik ergebenden natürlichen Gewinn genügen sollten, um den gegenwärtigen Bedarf der deutschen Wirtschaft zu decken. Andererseits dürfte klar sein, daß, sofern für die Aufrechterhaltung der Kredite keine Maßnahme getroffen wird, ein Versuch, neue kurzfristige oder langfristige Kredite zu beschaffen, unwirksam sein würde. Bei der Entwicklung eines solchen Programms könnten die Länder, die Hauptbankzentren besitzen, einschließlich der Vereinigten Staaten, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Hollands, Italiens, Japans und der Schweiz und andere wichtige Bankzentren es gut aufnehmen, ihren Bankiers anzurufen, in der Weise organisatorisch vorzugehen, daß es ermöglicht wird, die laufenden Kredite für Deutschland für einen angemessenen Zeitraum aufrechtzuerhalten. Die Verantwortung für die Ausarbeitung der Einzelheiten eines solchen Programms und der Methoden, um es mit gebührender Berücksichtigung des Schutzes für die Banken und der Bedürfnisse der deutschen Wirtschaft wirksam durchzuführen, sollte den Bankgemeinschaften der betreffenden Länder überlassen werden, und den Zentralbanken könnte das Vertrauen entgegengebracht werden, daß sie die notwendige Führerschaft in bezug auf das Zusammenwirken und die Leitung übernehmen. Derartige freiwillige Abmachungen sollten für die gegenwärtige Zeit ihre Ergänzung finden in einer

strengen Kontrolle aller Devisentransaktionen durch die Reichsbank derart, daß die Integrität des Programms aufrechterhalten

werden kann, und daß die Banken, die daran teilnehmen, versichert sein können, daß keine willkürlichen Abziehungen erfolgen weder von deutscher Seite, noch außerhalb Deutschlands. Das würde zur Aufrechterhaltung des Gesamtbestandes der Kredite aus jedem Lande beitragen. Würde ein derartiges System schnell zur Ausführung gebracht, so würde eine unmittelbare Wiederherstellung des Ver-

trauens die Folge sein, und in verhältnismäßig kurzer Zeit die Notwendigkeit für eine Beschränkung dieser Art verschwinden und dann wieder normale Verhältnisse zur Herrschaft gelangen. Für das Vertrauen auf ein solches Ergebnis besteht um so mehr Grund angesichts der Tatsache, daß das Programm der Vereinigten Staaten für die Suspension der Schuldentilgungen jetzt wirksam geworden ist, und die Ereignisse, die der Ankündigung dieses Programms folgten, deutlich beweisen, daß

die Befreiung von der Zahlung der gegenseitigen Regierungsschulden in den Augen der Geschäftswelt die Grundlage für ein erneutes Vertrauen gelegt

hat. Es sollte eine Kommission von der B3 ernannt oder auf irgendeine andere angemessene Weise gebildet werden, um ein Zusammenwirken in folgenden Punkten zu gewährleisten: 1. Vorfrage im Einvernehmen mit den Bankinteressen in verschiedenen Ländern für die Wiedererneuerung des gegenwärtigen Bestandes der in Deutschland investierten kurzfristigen Kredite durch diese Länder zu treffen; 2. die unmittelbaren weiteren Kreditbedürfnisse Deutschlands zu untersuchen, und 3. Pläne für eine teilweise Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite während der nächsten sechs oder acht Monate auszuarbeiten.

Ämtliche Erläuterung.

Washington, 21. Juli.

Zu dem neuen Hoover-Plan gibt das Staatsdepartement folgende Erläuterungen: Durch die Befreiung von 400 Millionen Dollar Reparationszahlungen für ein Jahr ist Deutschland eine erhebliche Hilfe gewährt worden. Die Handelsbilanz Deutschlands ist günstig, die Flucht aus der Mark ist aufgehalten und die innere Bankenlage ist durch die mutige Aktion der deutschen Regierung in Ordnung gebracht. Zunächst muß nun die Aufrechterhaltung des Umfangs der kurzfristigen Kredite gesichert werden, die sich jetzt noch in den Händen ausländischer Banken befinden und deren Betrag 1½ Milliarden Dollar geschätzt wird, hauptsächlich gemöhnliche Handelswechsel, die durch viele deutsche Depositionen und Kredite gedeckt sind. Selbstverständlich ist dies und kann dies nur eine rohe Schätzung sein.

Der Vorschlag des Präsidenten besieht ganz einfach darin, daß die Bankiers und die Bankhäuser in allen Ländern ein Uebereinkommen treffen, wonach der gegenwärtige Kreditumfang in jedem Lande aufrechterhalten wird und daß die deutsche Regierung durch die Reichsbank und auf andere Weise eine strikte und vollständige Kontrolle über den Devisenmarkt ausübt.

So daß kein Abfluß erfolgt, und daß hierdurch die Aufrechterhaltung des Gesamtkreditbetrages erreicht wird. Ein solches System des Zusammenwirkens, das durch die Aktion der deutschen Regierung ergänzt wird, wird den auf Deutschland von außerhalb ausgeübten Druck beseitigen und durch die Wiederherstellung des Vertrauens Deutschlands in den Stand setzen, in dem normalen Geschäftsgang die nötigen Zusatzkredite sicherzustellen.

Dieser Vorschlag hat nicht den Charakter eines Moratoriums, sondern bedeutet nur die Aufrechterhaltung des großen Kreditumfangs, der in bezug auf Deutschland gegenwärtig besteht.

Der Vorschlag gestattet der Welt, durch die Sicherstellung einer Stabilität in der deutschen Kreditstruktur zu einem normalen Geschäftsgang zurückzukehren. Der erste notwendige Schritt muß darin bestehen, Zeit für die Entwicklung von Plänen für langfristige Anleihen zu geben, die kurzfristige Obligationen ersetzen sollen. Das Interesse, das Frankreich an einer solchen langfristigen Anleihe nimmt, ist ein deutlicher Beweis seines Wunsches für eine kooperative Lösung der Frage.

Wieder ein Schädlingsprozess.

Phosphorindustrie vor Gericht.

Moskau, 21. Juli. (Ost-Expreß.)

Obgleich erst vor wenigen Wochen Stalin eine völlige Abkehr von der bisherigen Politik gegenüber den Fachleuten und Ingenieuren ankündigte, stehen am 28. Juli in Moskau vor dem Obersten Gericht wiederum mehrere Ingenieure und höhere Angestellte der Phosphorindustrie, die seit längerer Zeit sich als „Schädlinge“ betätigt haben sollen; sie sollen, um die Entwicklung der Phosphorindustrie zu hemmen, im Zustande unermesslicher und unnötiger Ausrüstungen und Geräte angefaßt haben usw. Die Anklage lautet auf wirtschaftliche Gegenrevolution, worauf Todesstrafe steht.

Jugend ringt um Völkerverstehen

Ein Besuch bei der Austauschschule in Hermsdorf.

Es ist ganz etwas Neues, was im Dienste der Völkerverständigung ebenso wie auf erzieherischem Gebiete in den Austauschschulen Deutschlands, Frankreichs, Englands und Spaniens angestrebt und scheinbar mit der Aussicht auf guten Erfolg eingeleitet ist.

Wer die deutsch-französische Austauschschule im landschaftlich herrlich gelegenen, mit luftigen hellen Räumen ausgestatteten Dominitusstift in Berlin-Hermsdorf besucht, merkt, daß diese Veranstaltung, die gemeinsam vom französischen Unterrichtsministerium, dem preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung und der Berliner städtischen Schulverwaltung durchgeführt wird, nichts mit den Austauschschülern zu tun hat, die ihre Ferien in Deutschland im gegenseitigen Wechsel bei verständigungs-freudigen Familien verbringen. Sicher wird auch diese Art von Austausch und Verstehenlernen von jedem Friedensfreund herzlich begrüßt. Aber in diesen von den Erziehungsbehörden der beiden Länder durchgeführten Anstalten wird mehr geleistet. Es handelt sich um

eine regelrechte Schule, in der Franzosen und Deutsche unter französischer und deutscher Aufsicht einen Unterricht erhalten,

bei dem Staatsbürgerkunde und die Kenntnis der Literatur und Kultur des andern Volkes im Vordergrund stehen. Wer einer solchen Unterrichtsstunde beiwohnt und vor dem Kriege die Schulbank gedrückt hat, wünscht sich förmlich, noch einmal Schüler zu sein. Da wurde gestern im staatsbürgerlichen Unterricht die Wahl des Staatspräsidenten in Frankreich und Deutschland durchgesprochen. Erst hält ein junger Deutscher, dann ein junger Franzose ein kurzes Referat, in dem er die einschlägigen Bestimmungen in der Staatsverfassung seines Vaterlandes klar legt. Dann folgt eine

freimütige Diskussion, in der oft Schüler und Lehrer, Deutsche und Franzosen, in herzlich ausgetragenen Gegensätzen zu einander stehen.

Der Einblick in die fremde Sprache und noch mehr in Wesen und Fühlen des Nachbarvolkes erfährt durch solchen Unterricht selbstverständlich die lebhafteste Förderung. Der Leiter der Berliner Anstalten in Magistrat, Studienrat Schwarz, betonte ausdrücklich in einer kurzen Ansprache, daß im Vordergrund dieses Austausches auch das Lernen stünde und daß das viel wichtiger sei als ein bloßes oberflächliches Kennenlernen. Aus diesem Grunde begnügt man sich nicht allein mit dem fünfwöchigen Schulkursus, sondern im Rahmen der conationalen Erziehung, wie sie Minister

Grimme genannt hat, bleibt die Fühlung durch das ganze Jahr aufrechterhalten.

In den Wintermonaten stehen die deutschen Schüler in ständiger Fühlung mit Angehörigen der französischen Kolonie,

und das Gleiche ist in Frankreich mit umgekehrtem Vorzeichen der Fall. Damen und Herren der beiderseitigen diplomatischen Vertretungen haben sich zur Verfügung gestellt. Man trifft sich und unterhält sich freundschaftlich in der Sprache des Nachbarvolkes über Fragen der mannigfaltigsten Art bei einer Tasse Tee. Neben dem stets hilfsbereiten Förderer Minister Dr. Grimme sind in Berlin hauptsächlich Stadtschulrat Rydahl und Magistratsoberschulrat Hegen für die Bewegung tätig. Auch vom Auswärtigen Amt wird dieser Austausch nach besten Kräften unterstützt. Es kann auch wohl keinem Zweifel unterliegen, daß im Rahmen seiner zur Zeit freilich nur allzu schwachen Kräfte auch der Magistrat Berlin in den Säckel greift.

Wie herzlich das Einvernehmen zwischen französischen und deutschen Schülern ist, bewies eine Fahrt nach Bernau, die den Nachmittag einnahm. Selbstverständlich ist ein solcher Ausflug nicht als reine Vergnügungsfahrt gedacht. Man besichtigte die alte Backsteinkirche, die Wälle und Gräben, die durch den Hussitenkrieg historisch gewordene Mauer und

in gemeinsamem Austausch latein Franzosen und Deutsche einen Einblick in die deutsche Kulturgeschichte.

Der Magistrat von Bernau hatte im Anschluß an die vom Stadtschulrat geleitete Besichtigung zu einer Kaffeetafel geladen, bei der der Bürgermeister von Bernau in einer Rede auf die Wichtigkeit dieses Schüleraustausches für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich hinwies. Die Jugend, so sagte er, ist berufen, dieses Werk durchzuführen. Im gleichen Sinne äußerte sich Studienrat Schwarz, der betonte,

daß es in Frankreich gerade die Kriegsgebiete seien, die sich besonders an diesem Schüleraustausch beteiligen.

Herr Laurent, der Direktor des Kollegs von Saint Pol bei Arras, wies darauf hin, daß die Begeisterung bei den französischen Pädagogen, für die Verständigung zwischen den beiden großen Völkern zu wirken, gleich groß ist, wie bei den Deutschen. Eine besondere Note erhielt der Tag durch die Anwesenheit einer Reihe österreichischer Volksschüler, die eine Ferienfahrt durch Deutschland nach Berlin geführt hat. Der Bericht über den gestrigen Tag läßt sich nicht besser schließen als mit den Worten des österreichischen Biologen: Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn Deutsche und Franzosen sich nicht endlich ausöhnen und vertragen.

Haufe Weihenburger Straße 30 im Norden Berlins von einer Autodrochle angerannt und zu Boden geworfen. Man brachte die Schwerverletzte nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, doch ist sie bereits in der Nacht verstorben, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Die Leiche ist nach dem Schauhaus gebracht worden. Die Unbekannte ist etwa 50 bis 55 Jahre alt, hat graues Haar und trug schwarzes Hut, braunen Mantel, schwarzes gestreiftes Kleid und schwarze Strümpfe und Halbschuhe.

Die Zinsfähe der Berliner Stadtbank.

Die Berliner Stadtbank hat aus Anlaß der Erhöhung des Reichsbankdiskontsatzes den Habenzinssatz für täglich verfügbare Guthaben mit Wirkung vom 16. Juli 1931 in provisorischer Rechnung auf 8 Proz., in provisorischer Rechnung auf 9 Proz. festgesetzt.

Der Weltmeister ging auf lokale Thematika über. „Warum ist das Schach in der Provinz kein eigentliches Denkspiel? Ihre Schachsektion zum Beispiel: Warum heißt sie einfach Schachsektion? Das ist langweilig, meine Lieben! Warum nennen Sie sie nicht irgendwie schöner, echter, schachgemäßer? Das würde die breite Masse für den Klub interessieren. Sie sollten Ihrer Sektion zum Beispiel den Namen geben, „Schachklub der vier Springer“ oder „Kotes Endspiel“ oder Verlust und Qualität bei Gewinn des Tempos. Das wäre schön! Das klingt!“

Diese Idee fand Beifall. „Wirklich“, sagten die Bewohner von Wassjuki, „warum sollen wir unsere Schachsektion nicht Klub der vier Springer nennen?“

Da die Leitung der Schachsektion anwesend war, organisierte Ostap als Ehrenvorsitzender eine regelrechte Sitzung, bei der einstimmig beschlossen wurde, die Schachsektion unter dem Namen „Bier Springer“ zu führen. Der Weltmeister verfertigte eigenhändig — er brachte dabei seine Praxis vom „Strjabin her in Anwendung — ein Schild aus Karton, auf dem er die vier Springer und die passende Aufschrift zeichnete.

Diese wichtige Maßnahme versprach ein Ausblühen des Schachgedankens in Wassjuki.

„Schach!“ jagte Ostap. „Wissen Sie, was Schach ist? Sie bringen nicht nur Kultur, sondern auch die wirtschaftliche Lage vorwärts. Wissen Sie, daß Ihr Schachklub „Bier Springer“ bei rationellem Vorgehen die Stadt Wassjuki vollständig verändern kann?“

Ostap hatte seit gestern nichts gegessen und deshalb waren seine Reden besonders schön.

„Ja“, rief er, „Schachspielen bereichert das Land! Wenn Sie auf mein Projekt eingehen, so werden Sie über Marmortreppen auf den Kai steigen. Wassjuki wird das Zentrum aller zehn Bezirke werden. Was haben Sie früher vom Semmering gehört? Nichts. Und jetzt ist dieser Ort reich und berühmt, nur weil dort Schachturniere veranstaltet werden. Deshalb sagte ich: man muß in Wassjuki ein internationales Turnier veranstalten.“

„Aber wie?“ riefen alle. „Eine einfache Sache“, antwortete der Weltmeister, „meine persönlichen Verbindungen und Ihre Arbeit — das ist alles, was wir zur Organisation eines internationalen Schachturniers in Wassjuki brauchen. Denken Sie nur, wie schön es klingen

Dreifacher Mord!

Ein naher Verwandter der Tat dringend verdächtig.

Weiden (Oberpfalz), 21. Juli.

In Wendersreuth bei Weiden wurde der Gastwirt Schieder und seine Ehefrau in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Der Schädel der Frau wies fünf Beilhiebe auf. Außerdem war ihr der Hals durchschlagen worden. Der Mann, der vor dem Bett lag, war durch vier Beilhiebe auf den Kopf getötet worden. Das dreijährige Kind der Familie, das ebenfalls durch einen Schlag schwer verletzt worden war, wurde noch lebend aufgefunden und in das Krankenhaus Neustadt-Waldnaab eingeliefert. Dort ist es im Laufe des Montag verstorben.

Als mutmaßlicher Täter wurde der Bruder des Gastwirts Schieder verhaftet und in das Landgerichtsgefängnis Weiden eingeliefert. Ein Geständnis hat er noch nicht abgelegt.

Petroleumbrand in Amerika.

Bisher 8 Tote, 14 Schwerverletzte.

In der Nähe von Mount Pleasant (Michigan) geriet am Montag eine Petroleumquelle in Brand. Bisher wurden 8 Tote und 14 Schwerverletzte geborgen.

Genosse Dr. Zadel verstorben.

Genosse Dr. Ignaz Zadel ist, 73 Jahre alt, einem schweren Blasenleiden erlegen. Seine Einäscherung hat bereits, seinem Wunsche entsprechend, in aller Stille stattgefunden.

Mit Genossen Dr. Zadel ist ein alter Kämpfer, der von seiner frühesten Jugend her in den Reihen der Sozialdemokratie stand, dahingegangen. Ein aufrechter, unerschrockener, stets temperamentsvoller Mensch. Seiner Ueberzeugung brachte er manches Opfer.

Von dem Vertrauen der Berliner Arbeiterchaft getragen, trat Genosse Zadel als erster sozialdemokratischer Arzt in die Berliner Stadtverordnetenversammlung ein, der er jahrzehntelang angehörte. Zahlreiche Einrichtungen des Berliner Gesundheitswesens sind auf seine Veranlassung geschaffen worden. Er war es auch, der zusammen mit dem ihm im Tode vorausgegangenen Direktor der Berliner Allgemeinen Ostkrankenasse, Genossen Albert Kohn, es durchsetzte, daß die Betreuung der Geschlechtskranken in der Krankenversicherung auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Unter seiner Führung erfolgte im Jahre 1912 der organisatorische Zusammenschluß der sozialdemokratischen Ärzte. Die zahlreichen wissenschaftlichen und populären schriftstellerischen Arbeiten des Genossen Dr. Zadel betreffen die Gebiete der sozialen Hygiene und der Gewerbehygiene. Mehrere seiner Schriften sind in der Arbeitergesundheitsbibliothek erschienen. Ueber das Grab hinaus werden die Sozialdemokratie, die Berliner Arbeiterchaft und die sozialdemokratischen Ärzte des Genossen Dr. Zadel stets in Ehren und in Dankbarkeit gedenken.

Zugunfall auf Strecke Northeim-Nordhausen.

Wie die Reichsbahndirektion Kassel mitteilt, hat der Personenzug 290 auf der Strecke Northeim-Nordhausen gestern Abend vor dem Bahnhof Callenberg das Einfahrtssignal überfahren und ist dem Durchgangsgüterzug 6379 in die Planke gefahren, wobei fünf mit Thomasmehl beladene und zwei leere Güterwagen entgleisten und umstürzten. Personen sind jedoch nicht verletzt worden. Eine Untersuchung wurde eingeleitet.



Der Weltmeister selbst verlor indessen auch nicht seine Zeit. Er mietete für drei Rubel einen Klubraum und begab sich in die Schachsektion, die sich aus Gott weiß welchen Gründen im Gebäude der Pferdezuchtanstalt befand.

Ein einäugiger Mensch saß in der Schachsektion und las einen Roman von Spielhagen. „Weltmeister D. Bender“, stellte sich Ostap vor und setzte sich an den Tisch. „Ich will bei Ihnen ein Schachturnier, auf mehreren Brettern gleichzeitig veranstalten.“

Das einzige Auge des Wassjuker Schachspielers öffnete sich bis an die von der Natur zugelassenen Grenzen.

„Einen Augenblick, Genosse Weltmeister!“ rief der Einäugige. „Bitte, nehmen Sie Platz. Ich komme gleich wieder.“

Und der Einäugige lief davon. Ostap befah das Zimmer der Schachsektion. An der Wand hingen Photographien von Rennpferden, auf dem Tisch lag ein verstaubtes Geschäftsbuch mit der Aufschrift: Bilanz der Schachsektion für das Jahr 1925.

Der Einäugige lehnte mit einem Duzend Bürger verschiedenen Alters zurück. Sie traten der Reihe nach zu Ostap heran, drückten ihm respektvoll die Hand und stellten sich vor.

„Auf meiner Durchreise nach Kasan“, sagte Ostap stotternd, „ja, ja, die Seance findet heute Abend statt, kommen Sie bestimmt. Und momentan müssen Sie mich entschuldigen, ich bin jetzt nicht in Form, etwas ermüdet vom Karlsbader Turnier.“

Die Schachspieler von Wassjuki hörten Ostap mit geradezu kindlicher Fätschlichkeit zu. Ostap jubelte im stillen. Er fühlte, wie neue Kräfte und eine Fülle von Schachideen in ihm aufwuchsen.

„Sie wissen gar nicht“, sagte er, „wie weit die Technik im Schachspiel vorgeschritten ist. Wissen Sie, Laster verwendet allzu banale Tricks. Es ist nicht mehr möglich, mit ihm zu spielen. Er betäubt seine Gegner mit Zigarettenrauch. Und er raucht absichtlich billige Zigaretten, damit der Rauch unangenehm ist. Die Schachwelt ist beunruhigt.“

wird: Internationales Schachturnier in Wassjuki, 1928! Die Teilnahme Josef Raoul Capablancas, Emanuel Laskers, Aljechins, Niernzowitschs, Kötis, Rubinstejns, Maroczys, Vidmars und Doktor Grigorjewitsch ist gesichert. Nebenbei ist auch mit meiner Mitwirkung zu rechnen!“

„Aber das Geld!“ stöhnten die Wassjuker. „All denen wird man doch zahlen müssen. Viele Tausende! Woher werden wir das Geld nehmen?“

„Alles ist im voraus überlegt“, sagte Bender. „Das Geld werden wir sammeln.“

„Wer wird bei uns so wahnsinniges Geld hergeben? Die Bewohner von Wassjuki...!“

„Woher denn! Die Wassjuker werden kein Geld zu zahlen haben. Sie werden es bekommen! Das ist doch unendlich einfach. Liebhaber des Schachspiels werden doch aus allen Weltteilen zu einem solchen Turnier der größten Weltmeister herbeikommen. Hunderttausende von Menschen, von reichen Leuten, werden nach Wassjuki strömen. Vor allem wird der Schiffsverkehr den Transport einer solchen Menge Menschen nicht bewältigen können, infolgedessen wird die Bahnverwaltung endlich die Eisenbahnlinie Rostau-Wassjuki bauen müssen. Das ist eins. Zweitens Gasthäuser und Wolkenträger für die Gäste. Drittens Ausblühen der Agrarwirtschaft im Umkreis von tausend Kilometern — man wird die Fremden verpflegen müssen — Gemüse, Früchte, Kaviar, Schokolade, Bonbons. Viertens ein Palast für das Turnier. Fünftens Bau von Garagen für die Autos der Fremden. Zur Weiterleitung der sensationellen Resultate des Turniers wird man eine mächtige Radiostation bauen müssen. Und was die Eisenbahn Rostau-Wassjuki betrifft — zweifellos wird auch sie nicht imstande sein, alle Menschen, die kommen wollen, nach Wassjuki zu befördern. So wird noch außerdem ein Aero-Transport ins Leben treten müssen. „Groß-Wassjuki“, reguläre Aero-Verbindung mit allen Weltteilen, inklusive Los Angeles und Melbourne...“

Eine blendende und verführerische Perspektive eröffnete sich den Wassjukipatrioten. Das Zimmer weitete sich. Die verfallene Mauer der Pferdezuchtställe fielen zusammen und an ihrer Statt erhob sich ein gläserner dreißigstöckiger Palast gegen den Himmel. In jedem seiner Säle, in jedem Raum, ja sogar in den wie Geschosse auf und ab rasenden Aufzügen sahen nachdenkliche Menschen und spielten Schach auf den mit Malachit inkrustierten Schachbrettern.

(Fortsetzung folgt.)

Im Bann der Olympiade.

Wien für den Empfang der Arbeiterportler gerüstet.

Wien, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Wien steht bereits ganz im Bann der Olympiade. Fahnen in allen Arbeitervierteln, und, obwohl noch kaum ein Viertel der erwarteten Gäste angekommen ist, sieht man überall Trupps von Mädchen und Burschen, die, von Wiener Sportlern geführt, durch die Straßen ziehen. Kommen die Gäste in eine der großen Wohnbauten der Gemeinde Wien, die über und über mit Blumen, Transparenten und Fähnchen geschmückt sind, so sind sie bald der Mittelpunkt des ganzen Hauses, das Fragen und Antworten und Begrüßen nimmt kein Ende. Aber nicht nur Wien hat sich geschmückt. Außer der Westbahnstraße, über die die deutschen Sportler kommen werden, sind auf freiem Feld in der Nähe der größeren Ortschaften Fahnenmaste aufgestellt, und dazwischen ist die Gasse gespannt: „Frei-Heil, Euch Arbeiterportlern aus aller Welt!“

Den Auskunftsstellen auf den Bahnhöfen haben sich eine Anzahl freiwilliger Helfer zur Verfügung gestellt. Diese kleinen Büroräume sind den ganzen Tag über voll. Immer wieder sieht man einen Trupp mit einem Führer davongehen, während der nächste Zug schon in die Halle rollt und neue Gäste bringt. Eine einzige Sorge überschattet heute noch die Festesfreude: ob die angemeldeten 30 000 deutschen Gäste auch wirklich alle kommen. Sie sollen sich, hört man die Quartiergeber überall sagen, wegen der Markt keine Sorge machen. Die Wiener Arbeiter brennen darauf, den deutschen Freunden ihre Stadt zu zeigen.

Leider läßt das Wetter zur Zeit noch zu wünschen übrig, so daß die Farbenpracht in der Stadt zunächst nicht ganz zur Geltung kommt.

Schnell vor Torfschluf nach Wien.

Abfahrt der beiden letzten Sonderzüge zur Arbeiterolympiade

Letzter Termin, zum alten Preise nach Oesterreich zu fahren! Am gestrigen Abend fuhren um 19,30 Uhr und um 21,30 Uhr die letzten Sonderzüge mit unseren Arbeiterportlern zur Olympiade nach Wien; 800 Reisende waren in dem einen, 900 in dem anderen Zug.

Wieder sah man das frohe, buntbewegte Bild der Massen; diesmal herrschte die Jugend vor, frische Jungens und Mädels mit hellen Augen und strammen Schritten, den Kuckuck auf dem Buckel und — aller Unbill und Mißgunst des Schicksals zum Trost — wahrhaftig noch Sonne im Herzen! Lange vor Zugabfahrt versammelten sich alle auf dem Bahnsteig, eine schier erdrückende Fülle, weil ja die Befahrung des zweiten Zuges natürlich ebenfalls schon zur Stelle war. In geordneten Reihen marschierte man an, dann wurden die Plätze belegt und bis zum Türzuzklappen und Signalfiff gab es noch allerhand zu sprechen und zu lachen. Die Nachzügler, die noch ganze zwei Stunden vor sich hatten, waren froh, ein wenig Unterhaltung zu haben. Da gab es über den stattgehabten Weltkindertag um Berlin am Sonntag noch allerhand zu berichten und Meinungen wurden ausgetauscht, wie die Oesterreicher den ihren gefaltet hätten. In allen Gesichtern konnte man die Freude lesen, ein par Tage raus zu kommen aus der Riesenstadt, andere fröhliche Menschen, gleichgesinnte Brüder und Schwestern sehen und kennenzulernen. Wenn auch die Bahnfahrt lang und beschwerlich ist — so viele Stunden auf der Holzbank nicht bei Nacht, das will schon was heißen — aber Spaß macht doch. Und in Wien wird man die österreichischen Kameraden begrüßen und mit ihnen in einer Reihe marschieren zum Aufzug bei Sport und Spiel, zur Demonstration für Lust, Sonne und Freiheit! Alles Bedauern gilt den Bienen, die mit dem Rad oder gar zu Fuß den weiten Weg unternahmen und vielleicht, wenn sie den Termin der Bahnfahrt veräumten, wieder umkehren müssen.

Das Urteil im Abtreibungsprozeß.

Ein Jahr Gefängnis für die weise Frau, Geldstrafen für die anderen.

Das Landgericht III verurteilte im Abtreibungsprozeß Frau H. wegen gewerbsmäßiger Abtreibung zu 1 Jahr Gefängnis, von den angeklagten drei Ehefrauen die Frau N. an Stelle einer an sich verurteilten Gefängnisstrafe zu einer Geldstrafe von 100 Mark und die beiden anderen Frauen zu je 70 Mark Geldstrafe. Zwei der angeklagten Ehemänner wurden wegen Beihilfe zu je 35 Mark Geldstrafe verurteilt, der dritte angeklagte Ehemann freigesprochen.

Die Gerichtsverhandlung offenbarte wieder einmal den ganzen Widersinn des § 218. Nicht umsonst begründete der Staatsanwalt seine Strafanträge mit dem Hinweis darauf, wie sehr umstritten der § 218 ist, und auch das Urteil des Gerichts mag gerade aus diesem Grunde, besonders für die angeklagten drei Ehepaare, so milde ausgefallen sein. Frau H., die es mit den jungen Mädchen bestimmt nicht schlimm gemeint hat, wird an ihrer Strafe schwer zu tragen haben. Alle drei angeklagten Ehefrauen waren zu ihr gekommen, weil sie vor der Ehe keine Kinder haben wollten. Nur die Frau N., die später gegen sich die Anzeige erstattet hatte, ist auch nach der Ehe, wie sie behauptet, auf Veranlassung ihres Mannes, erneut zur Frau H. gegangen. Die beiden anderen sind jetzt Mütter. Nicht ganz unglaubwürdig schien es, daß Frau N. wie auch ihre Schwiegermutter und ihr Verlobter, wegen ihrer epileptischen Anfälle das Kind nicht zur Welt kommen lassen wollten. Wegen dieser Anfälle hatten sie einen Arzt aufgesucht. Der Arzt soll gesagt haben, daß die Epilepsie unter Umständen erblisch sei. Darauf gingen sie zu einem Frauenarzt. Dieser erklärte aber, daß die Epilepsie noch kein Grund sei, einen Eingriff vorzunehmen. Auf diese Weigerung hin sanden N. mit seiner Braut den Weg zu Frau H.

Neubau, der notwendig war.

Ein Wort an die Hasser und Neider der Krankenkassen.

In der letzten Zeit ist wiederholt der im vorigen Jahr im Angriff genommene Neubau des Verwaltungsgebäudes der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin, der an der Rungestraße hinter dem Märktischen Museum errichtet wird, Gegenstand heftiger und teilweise höchst unsachlicher Pressekritik gewesen, einer Kritik, an der sich leider auch Blätter der Linken beteiligt haben. Man faselte wieder einmal von einem Zugubau der Krankenkasse, und wenn man im Ton bittersten Vorwurfs davon sprach, daß dieser Bau an die 5 Millionen Mark kosten werde, so sei vorweg bemerkt, daß bis zur vollen voraussichtlich im nächsten Jahr erfolgenden Fertigstellung im ganzen 3000 Arbeiter und Handwerker auf diesem Bau zeitweilig Arbeit, Lohn und Brot finden werden, ein Umstand, den die Kritiker doch nicht außer acht lassen sollten. Um aber allen weiteren Vorwürfen und Einwendungen zu begegnen, ist es notwendig, die Voraussetzungen zu diesem Neubau zu erörtern.

Als am 1. Januar 1914 die Allgemeine Ortskrankenkasse errichtet wurde — älter ist die AOK nicht —, wurden in ihr nicht weniger als 42 bis dahin bestehende Ortskrankenkassen zusammengefaßt. Die beiden größten der zusammengelegten Krankenkassen war die Ortskrankenkasse der Kaufleute mit 80 000 Mitgliedern und die Allgemeine Ortskrankenkasse mit 120 000 Mitgliedern. Als Verwaltungsgebäude für diese gewaltige Anzahl Mitglieder mußte man wohl oder übel, da die Vorarbeiten für den Zusammenschluß erst im Jahre 1913 begonnen wurden, eines der bestehenden Gebäude nehmen und man einschloß sich zu dem in der Klosterstraße befindlichen heute noch benutzten Verwaltungshaus der alten Ortskrankenkasse der Kaufleute. Aber damals, also Anfang 1914, waren sich alle Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter der AOK bereits darüber einig, daß dieser Bau nur ein Notbehelf sein konnte und

daß unverzüglich an den Bau eines zentralen Verwaltungshauses gegangen werden müsse.

Der Krieg machte, wie in tausenden anderen Fällen, auch hier alle Projekte zunichte. Aber die Notlage wurde immer größer und namentlich in der Inflation zeigte sich die absolute Unzulänglichkeit der Räume. Der Kasse war nämlich die Verpflichtung auferlegt worden, an Stelle der Polizeibehörden die Ausgabe der Invalidenkarten zu bewirken. Wegen des damals bereits bestehenden furchtbaren Raummangels konnte die Kasse diese Verpflichtung nicht übernehmen, selbst dann nicht, als der Oberpräsident mit Zwangsmahnahmen drohte. Eine Besichtigung durch das Polizeipräsidium ergab, daß die Einwände der Kasse berechtigt waren. Und nunmehr

war es der Oberpräsident der Provinz Brandenburg selber, der der Kasse aufgab, schleunigst ein neues Verwaltungsgebäude zu errichten.

und der sich auch weiterhin wiederholt nach dem Stand der Angelegenheit erkundigte.

Die völlige Unzulänglichkeit der vorhandenen Räume zeigte sich in gefährdender Weise, als im Jahre 1929 die Grippeepidemie ausbrach. Damals wurde das Haus Klosterstraße von Scharen von Kranken überflutet, so daß auch die Beamten schwerster Ansteckungsgefahr ausgesetzt waren. Es mußte etwas geschehen, im Interesse der Kranken selber und im Interesse der auf das unerträglichste zusammengepferchten Angestellten, wenn man nicht eines Tages mit einer Katastrophe rechnen wollte, die dann der Krankenkassenleitung bestimmt die schwersten Vorwürfe eingebracht hätte.

Der Vorstand der Kasse, der aus 14 Arbeitnehmern und 7 Arbeitgebern besteht, beschloß einstimmig den Neubau des Verwaltungsgebäudes. Der Ausschuß, der aus 60 Versicherten und 30 Arbeitgebern sich zusammensetzt, stimmte mit allen gegen nur 2 Stimmen diesem Beschluß zu. Die Arbeitgebervertreter sehen sich aus Angehörige aller bürgerlichen Parteien zusammen; zu den Arbeitnehmern- und Versicherten-

vertretern gehören auch Angehörige der christlichen Gewerkschaften. Und nach sehr eingehender Prüfung und Ermägung stimmte Ende 1929 auch die Aufsichtsbehörde dem Plan zu. Was also wollen die Kritiker, die diesen Ehrennamen kaum noch verdienen, sondern eher als Kritiker, Röhler und Unruhefister bezeichnet werden sollten? Die dringende Notlage war vorhanden, alle behördlichen Zustimmungen lagen vor. Den Bauplatz hatte in weiser Vorkehr die Kasse schon vor Jahren besorgt, das Geld war auch zurückgelegt worden. Wenn erst der Neubau steht, wird man die bisherigen Verwaltungsgebäude in der Klosterstraße und in der Köpenicker Straße zu sehr annehmbaren Preisen, die die voraussichtlichen Gesamtkosten des Neubaus ganz erheblich herunterdrücken werden, verkaufen. Etwa 3000 Arbeiter und Handwerker werden nacheinander auf dem Bau Arbeit und Lohn finden. Der Neubau liegt in den Händen des als Krankenhäuserbauer bestens bekannten Spezialisten, des Berliner Architekten Gottheimer, der selbstverständlich die Verpflichtung hat, auf das rationellste und sparsamste zu bauen. Allerdings, und das sollten sich die Kritiker ganz besonders merken:

Dafür, daß Architekt und Bauherr gezwungen sind, das außerordentlich teure deutsche Eisen zu verbauen, können sie nicht.

Ferner wird durch den Neubau von den Versicherten nicht ein Pfennig mehr Beitrag verlangt, noch werden die Leistungen herabgesetzt. Im Gegenteil, die AOK Berlin ist dafür bekannt, daß sie geringe Beiträge erhebt und hohe Leistungen gewährt.

Wenn nun nach diesen Dingen alle die, die hieron noch nichts gewußt haben, Lust verspüren, sich diesen „Millionenpalast der Krankenkasse“ einmal anzusehen, so tun sie gut daran. Allerdings werden sie sich auf eine Enttäuschung gefaßt machen müssen. Außer einer Anzahl von Eisenträgern, die aus dem Baugrund hervorragen, ist am Kölnischen Park noch nichts zu sehen. Aber mancherlei anderes gibt es gerade in jener Gegend noch zu sehen. Ein paar Schritte weiter steht man in der Straße Am Kölnischen Park vor dem eindrucksvollen Verwaltungsgebäude des Holzarbeiterverbandes. Nicht daneben liegt, mit einer äußerst vornehmen Fassade, das Gebäude der Landesversicherungsanstalt Berlin. Biegt man um das Märktische Museum herum, so sieht man ein gewaltiges Gerüst aufragen, daß den Erweiterungsbau der Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamte in der Wallstraße birgt. Daneben der seit Jahren stehende, schön gestufte Bau Lauts, das große Verwaltungshaus des ADB. Nun wieder zurück, am Märktischen Museum vorbei, zur Waisenbrücke. Geradezu die imponierende Front des Verwaltungshauses der Städtischen Gaswerke und nach rechts hinüber die sehr schlichte Front des Verwaltungshauses des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerhinterbliebenen. Das alles sind Häuser, die nicht den Herrschafts- und Machtgelüsten eines einzelnen dienen, sondern der Gesamtheit, im besonderen dem arbeitenden Volk. Wenn sich jetzt gegen den Zweckbau der Ortskrankenkasse, wie in allen solchen Fällen, künstlich angefachte Empörung bemerkbar macht, so aus keinem anderen Grunde, als daß

die vereinigte bürgerliche Sozialreaktion das große Gebäude des deutschen sozialen Versicherungswesens zu Fall bringen möchte.

Das ist aber dasselbe kümmerliche Bürgertum, das sich alle zehn Finger leckt, wenn es nur die bombensicheren Lieferungsverträge des Staates, der Gemeinden, der Gewerkschaften, Krankenkassen, Baugenossenschaften, Konsumgenossenschaften, Arbeiterbanken bekommen kann. Und dieses selbe Bürgertum läßt dann seine Journalisten los, die sich heute schon über die Klubhölle unterhalten, die angeblich einmal den Neubau der Krankenkasse zieren werden. Eine Behauptung, die ihre Berechtigung offenbar aus der Tatsache folgt, daß die bürgerlichen Generaldirektoren und Direktoren ihre kümmerlichen Tage in vorbildlicher Bescheidenheit zwischen einem aus Eiertistenholz gefertigten Mobiliar verbringen.

Wer weiß, ob es nicht doch besser ist, daß die drei Kinder der Frau K. nicht zur Welt gekommen sind. Sie machte den Eindruck einer schwer psychopathischen Frau. Sie lebt jetzt von ihrem Mann geschieden. Hätte sie für die drei Kinder zu sorgen, es wäre ihr nicht leicht geworden, sich durchs Leben zu schlagen.

Ragenheke zur Hundedressur.

Das ist Tierquälerei, keine erlaubte Dressurprüfung.

Die wiederholt aufgeworfene Frage, ob das Hehen und Würgen von Ragen zur Dressur von Jagdhunden erlaubt ist oder ob es unter den Begriff der Tierquälerei fällt, beschließt augenblicklich das Amtsgericht Neudölln.

Vor diesem Gericht hatten sich gestern zwei Hundebesitzer, der Kaufmann Bosnik und der Förster Bredsch, unter der Anklage der Tierquälerei zu verantworten. Es handelte sich um Vorfälle, die sich im Juli vorigen Jahres in Wahmannsdorf abgespielt hatten. Bosnik wollte seine Jagdhunde zur Herbstprüfung „scharf machen“, und hand zu diesem Zweck mit Unterstützung von Bredsch einer seiner Ragen die Pfoten so zusammen, daß sie sich zwar noch bewegen, den Hund aber keinen allzu großen Schaden zufügen konnte. Dann wurden die Jagdhunde auf das Tier gehetzt, das noch flüchten konnte, dann aber von Bosnik mit einem Eisenstock niedergeschlagen wurde, worauf die blutende Ragne von den Hunden gewürgt wurde. Im zweiten Fall handelte es sich darum, daß der Förster im offenen Revier eine Hauskatze niederschleichen wollte, sie aber nur anshoß. Das schwerverletzte Tier

schleppte sich so nahe an behaute Grundstücke heran, daß der Jagdbeamte nicht mehr schießen konnte. Als er sie daraufhin mit dem Stielschlag töteten wollte, biß sich die Katze an dem von dem Förster an der Leine geführten Jagdhund fest, so daß der Förster sie mit der Hundepetische wegschlagen mußte und sie mit Fußstritten tötete.

In beiden Fällen hatte die Staatsanwaltschaft Tierquälerei für vorliegend erachtet. Die Angeklagten nahmen für sich das Recht in Anspruch, im Interesse der Dressur ihrer Hunde so zu verfahren. Wegen der besonderen Umstände hätten sie keinen Gnadenschuß auf die blutenden Tiere abgeben dürfen, und es sei ihnen als einziges Mittel nur übriggeblieben, die Ragen totzuschlagen. Ein Sachverständiger betonte, daß bei jeder Frühjahr- und Herbstprüfung von Hunden in der geschuldeten Weise Ragen und Füchse verwendet würden, daß man ihnen aber gegebenenfalls einen wohlgezielten Fangschuß bebringe. Auf Antrag des Staatsanwalts beschloß das Gericht weitere Zeugen sowie einen Sachverständigen aus dem Lager der Tierfreunde zur Entscheidung dieses prinzipiellen Rechtsstreits zu laden.

Nach dem Urteil der allerweitesten Kreise des deutschen Volkes liegt ohne Zweifel Tierquälerei und keine erlaubte Dressurprüfung vor.

Nachtragsanfrage im Fall Heckendorf.

Die Staatsanwaltschaft Potsdam hat eine Nachtragsanfrage erhoben gegen die Brüder Franz und Walter Heckendorf wegen gemeinschaftlicher Heherei, begangen an Diebesgut, das aus einem Einbruch bei Dr. Hahn in Wannsee herrührt.

Dr. Dralle's Lavendelseife

Ein Pfund für die Herren!

DAS GROSSE RUNDE
SCHNEEWEISSE
SEIFENSTÜCK
NUR NOCH 65g

Legenden müssen zerstört werden!

Die Geschichtsfälschung über die Ursachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs hat begonnen.

Vierzehn Tage lang haben sich unsere deutschen Wirtschaftsführer, die sonst so tapfer zu reden wußten, in die *Maujelder* verflochten. Die furchtbaren Schäden des Nordwolle-Standals und des Zusammenbruchs der Darmstädter und Nationalbank waren zumiel. Es ging wie 1918 beim politischen Zusammenbruch, die Verantwortlichen waren verschwunden und schwiegen. Die Anklagen der Arbeiterschaft, die zu diesen Anklagen legitimiert ist, da sie alle Sünden der Wirtschaftsführung zu büßen hat, haben die Verantwortlichen aus ihren Verstecken wieder hervorgeholt. Das Ergebnis ist, daß die wirtschaftliche Geschichtsfälschung und Legendensbildung über angebliche Ursachen des Zusammenbruchs, die die wirklichen sein sollen, begonnen haben. „Legenden zerstören ist ein patriotisches Verdienst“, mit diesem Sprichwort der alten Römer müssen wir es halten, wenn die Wege zur zukünftigen Gesundung Deutschlands nicht schon vor dem Beginn der notwendigen Reinigung im Wirtschaftsleben wieder verschlossen werden sollen.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hat vor kurzem ein Interim mit dem ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht veröffentlicht. Dr. Schacht äußerte sich auch über die letzten Ursachen der gegenwärtigen schweren Erschütterung der deutschen Wirtschaft.

Durch fortschreitende Sozialisierung und Staatsbürokratisierung bringe die deutsche Wirtschaft jene Elastizität nicht mehr auf,

die die Voraussetzung für geordnete Finanzverhältnisse in einem so stark industrialisierten Land wie Deutschland bildet. Hierin liege auch eine Erklärung für die Schwierigkeiten der Darmstädter und Nationalbank (!). — Das ist die Auffassung des ehemaligen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht, den einflußreiche Kreise in Deutschland am liebsten zum Wirtschaftsdiktator gemacht hätten.

Daß durch fortschreitende Sozialisierung und Staatsbürokratisierung der deutschen Wirtschaft die Elastizität in einem solchen Maße genommen sei, daß beim Privatkapital keine geordneten Finanzverhältnisse mehr möglich seien und auch der Danat-Zusammenbruch hier seine Ursache habe, ist eine Legende.

Die Elastizität in der Wirtschaftsführung war in Deutschland so wenig vom Staate behindert, daß auf weitesten Gebieten Kartellbildungen und Monopolpreise möglich waren, deren Existenz zur Verschärfung und Verlängerung der Depression in erster Linie beigetragen haben. Darüber ist heute in der Wissenschaft kein Streit mehr. Die staatliche Steuerpolitik setzte der privatwirtschaftlichen Elastizität so wenig Schranken, daß durch Selbstfinanzierung in der Schwerindustrie die schwersten Kapitalfehlschleusen möglich geworden sind. Bei den Banken bestand eine erstaunliche Elastizität im Wettlauf um Kapitalanlagen. Ihre Elastizität war durch den Staat nicht beschränkt, nur die Kontrolle und der Weitblick der Banken selbst für die Sicherheit der Anlagen hat gefehlt.

Wo hat der Staat die Elastizität der Darmstädter und Nationalbank nicht beim Aufbau großer Konzerne und bei dem Erwerb von Aktienpaketen gehindert, was meist durch kurzfristige Kredite geschah mit der Folge, daß diese Kredite einfielen und die Danat zahlungsunfähig wurde? Hat der Staat die Norddeutsche Wollkämmerei veranlaßt, auf unsolider Basis 240 Millionen Kredite in Anspruch zu nehmen, wobei durch das Verlangen der Bankenkontrolle 80 Prozent der Kredite gefährdet werden konnten? Ist das bei der Forderung, bei Kartellgeschäften die Behauptung Schachts ist eine Unwahrheit und eine Fälschung des Tatbestandes.

Freilich gab es eine Zeit, wo der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht selbst im Namen des Staates die Initiative der Wirtschaft gehemmt hat. Das geschah durch die Politik der Behinderung von Auslandsanleihen in erster Linie zu politischen Zwecken mit der Folge, daß nicht nur der öffentliche, sondern auch der private Kredit Deutschlands erschüttert wurde, und daß eine unerlöste Vermehrung der kurzfristigen, statt der gesunden langfristigen Auslandsverschuldung eintrat. Herr Schacht ist also auch nicht berufen, über die Gefährdung der Elastizität in der deutschen Wirtschaftsführung zu sprechen.

Wenn für die Vergangenheit hinsichtlich der staatlichen Wirtschaftspolitik etwas festzustellen ist, so dieses: Es gab nicht zuviel, sondern zu wenig Staatskontrolle in der deutschen Wirtschaftsführung. Das gilt sowohl für die monopolistische Politik auf dem Gebiete der Produktionskartelle als auch für die systemlose Kapitallenkung durch die privaten deutschen Banken.

Auch der Verein der Stahlindustriellen Nordwest hat seine Beauftragten vorgeschickt, um die Geschichte des jetzigen Zusammenbruchs zu fälschen. Wir sprechen von dem Offenen Brief an den Reichskanzler Brüning, den Dr. Reichert, deutschnationaler Reichstagsabgeordneter und Geschäftsführer des Vereins der Stahlindustriellen Nordwest in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht hat. Außer durch das Tributsystem

sei die gegenwärtige Katastrophe durch die lang- und kurzfristige Auslandsverschuldung Deutschlands zu erklären, die untragbare Zinszahlungen zur Folge habe.

Auch diese Behauptung über die Ursachen der gegenwärtigen Katastrophe ist eine Legende.

Die wirtschaftliche Vertrauenskrise, die zu einem Run der ausländischen Banken auf ihre deutschen Devisenguthaben geführt hat, besteht längstens seit 1931. In den Jahren 1929 und 1930 sind nur noch sehr wenig langfristige Auslandsanleihen nach Deutschland gekommen. Die kurzfristige Verschuldung ist in diesen Zeiten gewachsen, weil die langfristige durch Schacht verhindert wurde. Daß kein Anzeichen einer Vertrauenskrise bis zum Jahre 1931 vorlag, ergibt sich aus der Tatsache, daß die kurzfristige Verschuldung 1929 und 1930 weiter zunehmen konnte.

Allerdings hatte schon seit dem September 1930 eine politische Vertrauenskrise eingesetzt, die sich immer schärfer auswirken konnte. Die nationalsozialistische Welle, nationalistische Filmvorträge, Stahlhelmparaden und die Seedi-Reden untergruben die politische Vertrauensatmosphäre in Europa. Dafür tragen in erster Reihe die Leute um Dr. Reichert die Verantwortung. Diese politische Vertrauenskrise wirkte sich im Herbst 1930 in einer Diskontierung und im Verlust von einer Milliarde Devisen aus. Sie blieb in den ersten fünf Monaten 1931 in ihren Wirkungen latente, aber doch bedrohlich.

Die gegenwärtige Katastrophe aber begann ziemlich genau mit dem 15. Mai, als man in Deutschland eine Diskontierung erwartete, der beginnende Run des Auslandes auf seine Guthaben diese Diskontierung aber unmöglich machte. Am 15. Mai war nämlich bestimmten Kreisen des Inlandes und sehr bald auch bestimmten Kreisen des Auslandes die gefährliche Lage des Nordwolle-Konzerns bekanntgeworden, und da der Nordwolle-Konzern erheblich an das Ausland verschuldet war, diese Verschuldung zugleich über die Darmstädter und Nationalbank erfolgt war, wurde der offene Ausbruch der wirtschaftlichen Vertrauenskrise des Auslandes gegenüber Deutschland unvermeidlich. Was sich von Mai bis Mitte Juli abspielte, war nur noch die Offenbarung der Zustände, die bis Mitte Mai in Deutschland eingetreten waren. Der Zusammenbruch der Oesterreichischen Kreditanstalt ließ es nur noch als möglich erscheinen, daß der Zusammenbruch der Nordwolle und die Gefährdung der Danat auch an den deutschen Großbanken nicht spurlos vorbeigehen könne. Nur dadurch ist es auch zu erklären, daß das Hoover-Feierjahr das Mißtrauen des Auslandes so unzureichend bremsen konnte, wie es schließlich geschehen ist. Frankreiche Widerstände taumen nur erschwerend hinzu.

Die lang- und kurzfristige Verschuldung Deutschlands kann also die gegenwärtige Katastrophe nicht ursächlich herbeigeführt haben. Herr Dr. Reichert macht die Symptome verantwortlich für die Krankheit.

Wir wollen uns heute auf die Klarstellung dieser beiden Fälle von verletzter Geschichtsfälschung beschränken. Wir werden die Legendensbildung weiterhin mißtrauisch beobachten und für ihre rechtzeitige Zerstörung Sorge tragen.

Was sich wirklich in der gegenwärtigen Wirtschaftskatastrophe Deutschlands enthüllt, das sind schwerste Fehler im Aufbau des Wirtschafts- und Kreditwesens.

deren Ursachen in der Vergangenheit liegen, deren Auswirkungen die Öffentlichkeit viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat und die sich nun heute in einer Gefährdung der deutschen Gesamtwirtschaft äußern.

Der eine Krankheitsherd liegt bei den Kartell- und monopolistischen Industrien. Diese Industrien sind zu Rentnerindustrien geworden, bei denen alle Kapitalisten und Banken — zu Unrecht — darauf spekulieren, daß es wegen der hier vorliegenden Marktbeherrschung zu einem wirtschaftlichen Kapitalrisiko nicht mehr kommt. Die Aktien dieser Industrien haben für die Banken und die Spekulanten den Charakter selbstverzinslicher Papiere angenommen, die in sich einen Anspruch auf Renten tragen. Man hat aber übersehen, daß in diesem festen Renten-

anspruch eine Störung der Markt- und Wirtschafts-gesetze begründet ist und daß die Behauptung der Kartellindustrien, ihre Marktbeherrschung widerspreche nicht den Grundätzen der freien Wirtschaft, eine gefährliche Fiktion ist. Die Störung der Markt- und Wirtschafts-gesetze verlangt eine vollwirtschaftliche Kompensation durch eine weitgreifende und planmäßige Staatskontrolle bei der Preisbildung und in der Kapitalverwendung bei den Kartell- und Monopolindustrien.

Der zweite Krankheitsherd liegt in dem industriellen Finanzierungssystem, wie es von den deutschen Großbanken durchgeführt wird. Wir sind nicht der Meinung, daß es ein Fehler sei, daß die deutschen Großbanken als Depositenbanken zugleich auch Kapitalanlage- oder Investitionsbanken sind. Die tiefere Ursache für das Verlangen der deutschen Großbanken liegt in erster Linie bei der mangelnden Staatskontrolle über die Kartell- und Monopolindustrien. Bei Kohle, Eisen, Kalk, Kunstseide, Stickstoff, Zement durch ihre monopolistische Organisation rentner- und risikolose Industrien in der Vergangenheit zu sein schienen, weil die deutschen Großbanken miteinander um die Bette liefen bei der Kreditgewährung an diese Industrien, deshalb kam es zu jenen Fehlinvestitionen auch auf der Grundlage kurzfristiger Auslandskredite, die der gegenwärtigen Katastrophe ihren Stempel aufdrückten.

So kam es auch zu der Vernachlässigung und schlechteren Behandlung aller anderen Industrien bei der Kreditgewährung, bei denen das Kapitalrisiko den Großbanken zu groß und zu unkontrollierbar erschien. Die Mißhandlung des Aktionärs und des Kapitalmarktes in Deutschland, wie sie durch die Konzern- und Trustverwaltungen sowie durch die Großbanken erfolgte, war nur eine Begleiterscheinung dieses schwersten Fehlers im deutschen Kredit- und Wirtschaftssystem. Den Widersprüchen im deutschen Banken- und Wirtschaftssystem kann man aber wiederum nur dadurch begegnen, daß der zentralen Kapitalanweisung, wie sie durch die deutschen Großbanken erfolgt, eine staatliche Kontrolle der Kapitallenkung und Kapitalverwendung übergeordnet wird.

Solchen Notwendigkeiten in der deutschen Wirtschaftspolitik darf durch Legendensbildung über die Ursachen der gegenwärtigen Katastrophe der Weg nicht verbarren werden. Die deutsche Wirtschaft ist tatsächlich viel mehr wert, als das Ausland heute glaubt und die schlechte privatkapitalistische Wirtschaftsordnung es erscheinen läßt. Die organisierte Arbeiterschaft muß und wird deshalb ihrerseits alles daran setzen, den gegebenen Notwendigkeiten zur Durchführung zu verhelfen, nachdem von den Privatkapitalisten Einsicht und Umkehr nicht zu erwarten ist.

Kreditkrise und Staatskontrolle

Prof. Wagemann schreibt im letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung unter anderem folgendes:

„Die Konsequenz der Entwicklung ist, daß die Kredite bei sämtlichen Banken zu gleicher Zeit einzufrieren drohen, daß also von den führenden Kreditinstituten weder einzelne geopfert werden können, ohne das ganze Kreditwesen ins Wanken zu bringen, noch einzelne sich aus einem Zusammenbruch retten können. Einen völligen Zusammenbruch des Kreditwesens kann man nur aufhalten, wenn man für ein gleichmäßiges Vertrauen zu allen führenden Kreditinstituten sorgt, d. h. wenn aus dieser Gemeinschaft auch eine ausdrückliche Gemeinbürgschaft wird. Eine Abwicklung, die ja nur allmählich erfolgen kann unter der Voraussetzung, daß die tatsächlich immobilisierten Gelder auch als solche behandelt werden, setzt eine gemeinsame Planung voraus. Der Mobilkredit ist durch diese Entwicklung eine öffentliche Angelegenheit geworden, ebenso wie im vorigen Jahrhundert das Notenbankwesen und wie es schon seit langem zum größten Teil der Immobilienkredit ist. Auch der Mobilkredit verlangt eine zentralisierte Kontrolle und jedenfalls eine weit stärkere Beherrschung durch das Zentralnoteninstitut, als es bisher der Fall war.“

Lehten Endes sind es Fehler des Kreditwesens, die die jetzige Situation herbeigeführt haben, Fehler, die durch eine durchgreifende Reform zu beseitigen sind. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist, ist außerordentlich groß. Es handelt sich aber — und darin liegt ein starkes Argument für eine hoffnungsvolle Betrachtung der gegenwärtigen Lage — nicht um den Mangel von wirtschaftlichen Kräften und Entwicklungsmöglichkeiten, sondern nur um Organisationschwächen, die ein fester Wille zu überwinden vermag.“

Nicht alles in Bremen ist pleite!

Bremer Vulkan zahlt wieder 8 Proz. Dividende.

Der Bremer Bankier J. F. Schröder ist an der Aufgabe, eine Sanierung der deutschen Wertindustrie durch Aufbau eines großen Vertrusts (Dechimag) herbeizuführen, gescheitert. Gescheitert vor allem deswegen, weil er immer nur an die zusammengebrochenen Unternehmen herankommt, weil die gesunden deutschen Wertunternehmen außerhalb seiner Kombinationen blieben. Die von Schröder unabhängige Bremer Vulkan und Raschmenschabrik in Begeja, die Bremer Konkurrenz der Dechimag, verteilte für das Geschäftsjahr 1930 wieder (wie seit 1926) eine Dividende von 8 Proz. Die Mehrheit des 10-Millionen-Mark-Kapitals besitzt die Familie Thyssen.

Der Rohgewinn ist von 1929 zu 1930 von 3,74 auf 3,30 Millionen Mark zurückgegangen. Weniger stark war der Rückgang des Reingewinnes, der sich von 1,0 auf 0,98 Millionen Mark ermäßigte, da nicht nur die Abschreibungen (0,82 gegen 0,87 Millionen Mark), sondern auch die Steuern und die sozialen Lasten niedriger als im Vorjahr waren. Der Wert der Anlagen wird mit 6,02 (6,74) Millionen Mark ausgewiesen. Mehr als doppelt so hoch sind die flüssigen Mittel (Bankguthaben, Kasse, Devisen, kurzfristige Forderungen), die sich von 13,1 auf 14,3 Millionen Mark erhöhten.

Fertiggestellt wurden im Berichtsjahr sieben Neubauten

mit 65 000 Tonnen Tragfähigkeit, darunter drei Schiffe für französische Rechnung. Der Auftragsbestand ist mit wachsender Verschärfung der Krise zurückgegangen, so daß auch die Belegschaft sehr stark verringert wurde. Zurzeit sind drei Lantmotorschiffe (davon eins für englische Rechnung) mit zusammen 44 000 Tonnen Tragfähigkeit im Bau, während zur gleichen Zeit des Vorjahres noch 71 500 Tonnen Schiffsraum in Arbeit waren. Der Konkurrenzkampf um die Aufträge ist nach Mitteilung der Verwaltung sehr scharf gewesen; doch habe bisher der Bremer Vulkan auch bei den billigsten Angeboten immer noch verdient.

Der Abschluß des Bremer Vulkan zeigt also, daß die Lage der deutschen Wertindustrie nicht allgemein so katastrophal ist, wie man manchmal annehmen könnte.

Verlust-Abschluß bei Büffing.

Abschluß auf die Hälfte zurückgegangen.

Die Automobilwerke H. Büffing A.G. in Braunschweig schließt das Geschäftsjahr 1930 mit einem Verlust von 0,6 Millionen Mark (im Vorjahr kleiner Gewinn) ab. Der Umsatz ist von 34 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 17 Millionen Mark im Jahre 1930 zurückgegangen. Freilich war der Abgang mengenmäßig nicht so stark, da die Preise nicht unerheblich infolge der starken Konkurrenz gesenkt wurden. Dieser schlechte Ausfall hat seine Ursache in dem Geschäftsrückgang für Schwermotoren; im Jahre 1930 ist eine starke Umstellung der Abnehmer vom schweren auf den leichten und schnellen Lastwagen erfolgt.

Die Abschreibungen wurden etwas erhöht, von 0,54 auf 0,58 Millionen Mark. Die Bilanzposten für die Anlagen sind kaum verändert; aber die Vorräte werden mit 5,0 Millionen Mark nicht unwesentlich niedriger als im Vorjahr (6,2 Millionen Mark) ausgewiesen. Die Forderungen sind von 1,4 auf 1,3 Millionen, die Schulden von 7,1 auf 6,7 Millionen Mark zurückgegangen.

Im Herbst vorigen Jahres hat die Büffing A.G. gemeinsam mit der Nationalen Automobilgesellschaft, Oberschöneweide, die Büffing-RAG. Vereinigte Kraftwagen A.G. gegründet, in die beide Gründerunternehmen ihre Lastwagenfabrikation einbringen werden. Die Beteiligung der Büffing A.G. ist in die Bilanz mit 2 Millionen Mark, der Hälfte des Kapitals des neuen Unternehmens, eingetragt worden. Dafür werden unter den Passiven Einbringungsverpflichtungen ebenfalls in Höhe von 2 Millionen Mark ausgewiesen. Der Geschäftsgang im neuen Jahr hat sich nicht gebessert.

Mehr Silbergeld.

Erhöhung der Münzengabe um 50 Prozent.

Eine Verordnung vom 18. Juli hat das Münzgesetz vom 30. August dahin geändert, daß das Münzengaberecht des Reiches und der Reichsbank von 20 auf 30 Mark je Kopf der Bevölkerung erhöht worden ist. Es wird also bald mehr Silbergeld in Deutschland geben, und die Lohn- und Gehaltszahlungen werden mehr in Münzen als in Noten erfolgen. Man will mit dieser Maßnahme der Knappheit an Zahlungsmitteln begegnen, die durch die Geldhamsterei in den letzten Wochen noch so empfindlich verschärft worden ist.

Alfred Merrick: Nacht am Flußufer

Es war eine dunkle, nächtliche Nacht. Schmutzgrauer Nebel lag über dem schlafenden Fluß, der träge vorüberzog. Drüben am Kai sah man die Schatten schwerfälliger Frachtdampfer, deren Lichter durch den Dunst blinkten.

Wir lagen langausgestreckt auf den Bänken des Fährhäuschens und warteten auf den Morgen. Das letzte Fährboot war längst fort. In der Ferne schlug eine Glocke eins. Hinter dem Ponton plätscherte unruhig ein kleines Rettungsboot. Ab und zu rieb es seinen hölzernen Leib an den Pfählen; dann wieder fuhr es eine kleine Strecke davon und geriet knarrend an seiner Kette.

Wir waren am Einschlafen. Das Wasser gluckste unaufhörlich unter dem Boden des Häuschens; ein eintöniges, ermüdendes Geräusch...

„... Heute nacht kommt Kapitän Ohlsen...“ meinte der alte Bootsmann nebenhin und sog nachdenklich an seiner Pfeife, daß sein Gesicht einen Augenblick sichtbar wurde.

„... Was ist mit ihm?“ fragte der lange Ostpreuße schlaftrunken.

„... Kapitän Ohlsen kommt hierher und sucht seine Frau“, erwiderte der Bootsmann langsam.

„Seine Frau? — hier?“ fragte der Lange verwundert und richtete sich etwas auf.

„Ja, — denn hier hat sie sich vor gut fünfundsiebzig Jahren ertrunken...“

Der Bootsmann sog einige Male bedächtig an seiner Pfeife, ehe er fortfuhr: „... Ohlsen holte damals Kopra aus der Südsee. Fuhr einen der besten Segler der Süd-Compagnie und war als vermögner, waghalsiger Bursche bis nach Ausland hinunter bekannt. — Eines Tages lag er mit seinem Kasten vor Kauria, wo eben eine neue Handelsniederlassung gegründet war. — Hört ihr zu?“

„Ja!“

„Wir nahmen also Ladung auf, die von den Wilden mit ihren Brandungsbooten umständlich herangeschafft wurde. Die Kerle waren nicht wenig aufgeregt, als sie mit ihren Booten längsbeiseits kamen. So'n Riesenschiff, wie Ohlsen seinen Kasten, hatten sie in ihrem Leben noch nicht gesehen. — Waren übrigens hübsche, stattliche Burschen, die Kaurianer, und immer vergnügt, und immer lustig. Dennoch muß ich sagen, Jungs, daß wir um die Kerle weniger verlegen waren als um die Weiber. Die Mannschaft war einfach toll nach diesen Frauenzimmern, die mit Blumen geschmückt am Ufer standen und den lieben langen Tag zu uns herüberstaunten und winkten. Kinder, wenn Ohlsen da nicht bald Landurlaub gegeben hätte, hätte es 'ne Reuterei gegeben! — Nun war Ohlsen selber kein Kostverächter. Wir kamen also an Land, und der Vertreter gab ein großes Fest. Wächtiger Tanzbetrieb zur Harmonika. Und das nachts unter Palmen. Kinder, die Fete hat drei Tage gedauert; dann war der Rum alle...“

„Na, wir stehen ja wieder in der See, und was glaubt ihr? — Am zweiten Tag kriegen wir heraus, daß Ohlsen eine von den draußen Schönheiten mitgenommen hat. Hatte sie natürlich fest unter Verschluss in seiner Kabine. Er war rein toll auf seine Eroberung. Sie nicht minder...“ obgleich sie oftmals merkwürdig traurig in die Ferne lugte...

„Er hat sie mit hierhergenommen?“

„In Antwerpen ging er mit ihr von Bord, kleidete sie ein und ließ sich mit ihr trauen. Er war mächtig stolz auf seinen Gang und konnte kaum abwarten, bis wir hier ankamen. Natürlich stolzierte er alsbald mit seiner jungen Frau von Bord, um sie der Bekanntheit zu präsentieren. Und was glaubt ihr? — Die Leute grinsten, als er sie als seine Frau vorstellte. 'Ne Würde von der Südsee als Frau — das glaubt ihm kein Deibel. Die Leute halten das für einen guten Witz und grinsen unverschämte, wenn er sie vorstellt. — Ohlsen regte sich zuerst nicht schlecht darüber auf, aber dann brachte er sie einfach in einer kleinen Pension unter und zog alleine los, wenn er in Gesellschaft ging...“

Der Bootsmann richtete sich auf und stopfte seine Pfeife.

Die Frau hatte natürlich gleich gemerkt, was los war. Am Tage traute sie sich kaum auf die Straße, weil die Leute ihr nachgafften, als sei sie ein Wunderthier. Ohlsen ging nur abends mit ihr spazieren. Er war ein guter Kerl, aber die Leute kriegten doch fertig, ihm diese Frau zu verübeln. Er war auffallend oft angekränkt und landete dann erst morgens in der Pension. Die Frau stand in solchen Nächten ununterbrochen am Fenster und sah mit ihren großen Augen auf die Straße hinunter...

Zwei Tage vor der Ausfahrt macht er eine kleine Abschiedsrunde. Gegen elf kommt er mit der Frau des Kapitäns Bruhns aus Soetjens Orogeller. Bruhns ist noch unten und spricht ein paar Worte mit dem Wirt. Ohlsen kommt also mit der fremden Frau auf die Straße, als er im gleichen Augenblick seine Frau zu sehen glaubt, die ihn von der nächsten Ecke her anstarrt. Ohlsen geht sofort auf sie zu, als sie auch schon davonjagt. Ohlsen ruft und rennt dann hinter ihr her. Er folgt ihr laut rufend zum Hafensfeld, wo sie seinen Blick entschwindet. — Ohlsen läuft in die Pension. Seine Frau ist nicht dort. Er wartet eine kurze Zeit, rennt wieder auf die Straße, sucht sie — und findet sie nicht. Er kehrt wiederum in die Pension zurück und wartet, wartet. Gegen Morgen alarmiert er die Polizei...

Der Bootsmann machte eine kurze Pause, bevor er weitersprach: „Am andern Morgen hört er auf der Polizei, daß sich gegen Mitternacht eine Frau von diesem Fährponten hier ins Wasser gestürzt hat. Man hatte versucht, sie zu retten, aber sie war bis weit in die Strömung hinausgeschwommen und dann fortgetrieben. Niemand hatte sie erkannt, niemand richtig gesehen; aber Ohlsen ahnte sofort, daß es seine Frau war. Zwei Tage lang half er sie suchen — aber man fand sie nicht. — Sie wurde nie gefunden...“

Es war eine Weile sehr still im Raum. Der Bootsmann machte ein paar tiefe Züge aus seiner Pfeife. „... Ich habe noch manche Fahrt mit Ohlsen gemacht. Er war ein ruhiger, menschenscheuer Mann geworden, der nur das Nötigste sprach. Zu seinen Deuten war er von unbestechlicher Gerechtigkeit. Ja, er sorgte sich auch außerhalb des Dienstes um sie, ohne viel Worte zu machen. — Wir fuhren damals Salpeter von Chile, während die „Charlotte“ den Südpol bediente. Es war auf Ohlsons Wunsch geschehen, denn er wollte nicht nach Kauria zurück...“

Bis dann, fast zehn Jahre später, diese eigenartige Geschichte passierte, die ihm das Patent kostete. Das Schiff lag im Hafen von Reparaiso und sollte am nächsten Morgen Ladung übernehmen, als Ohlsen mitten in der Nacht Befehl gibt, alles festzulegen zu machen. Die Mannschaft gehorcht verwundert, und gegen Morgen verläßt der Segler den Hafen und nimmt Kurs auf die Südsee. Nach 16 Tagen geht der Segler im Hafen von Kauria vor Anker, und Ohlsen geht von Bord. Er erklärt dem erstaunten Vertreter der Süd-Compagnie, daß er seine Frau suchen wolle. Der Vertreter erwidert ihm fassungslos, daß sie doch schon vor zehn Jahren ertrunken sei, wie er gehört habe. Aber Ohlsen gibt sich mit dieser Auskunft nicht zufrieden. Er geht eine Tagerelle weit ins Innere, fragt auf den Pfanzungen umher, erkundigt sich bei den Stammshauptlingen. Niemand hat sie wieder gesehen; man erinnert sich ihrer kaum noch...

Natürlich bekam die Reederei schnell genug Wind von Ohlsons Auszug. Und natürlich war es aus mit ihm, als er heimkehrte. Er zog zu seiner Schwester, die vor der Stadt ein kleines Haus besaß, und hier haust er seitdem. Es heißt, daß er sich an einer Schiffsbaufirma beteiligt hat; Genaueres ist darüber nicht bekannt. Er sucht keine Gesellschaft auf und niemand besucht ihn mehr. Er ist ein scharer Einsiedler geworden, mit dem niemand etwas anfangen konnte. Zudem hatte man immer das Gefühl, als höre er nicht zu, wenn man mit ihm sprach. So hätte man ihn vielleicht längst vergessen, wenn er nicht die sonderbare Gewohnheit hätte, an so dunklen, nebelreichen Nächten, wie diese, hierher zu spazieren und von diesem Ponton stundenlang ins Wasser zu sehen. — Er glaubt, daß niemand von seinen nächstlichen Auszügen hierher weiß, — aber alle Bekannten wissen es; man hat ihn oft genug beobachtet. — Hast du noch eine Zigarette da, John? — Danke.“

Man sah nur die glühenden Spitzen brennender Zigaretten durch das Dunkel fahren. Aber plötzlich horchten wir auf. Der Bootsmann fuhr hoch. „Ist — Zigaretten aus!“

Langsam kam ein schwerer Schritt über den Steg und näherte sich dem Ponton. Lautlos hatten wir uns erhoben und starrten durch das kleine Fenster hinaus ins Dunkle. Wir hörten unsere Herzen schlagen, als der Schatten Ohlsons immer näher kam. Er hatte den Kragen seines Wettermantels hochgeschlagen; der Schirm seiner Mütze beschattete das bleiche Gesicht.

Nun stand er auf dem Ponton, nahm die Mütze vom Kopf, strich aufatmend die Haare zurück. Dann trat er an die Bordschmelze und ging langsam um den Ponton herum, den Blick unentwegt auf das Wasser gerichtet. Er kam an dem offenen Fährhäuschens vorüber. Wir lehnten eng an den Wänden und verhielten den Atem. Er sah uns nicht. Wir glaubten, ihn leise vor sich hin sprechen zu hören, als er sich wieder nach der anderen Seite entfernte.

Dort stand er eine Weile und starrte unablässig nach der Mitte des Stromes und zu den Schatten der Dampfer hinüber. Langsam begannen wir uns wieder zu rühren, aber der Teufel wollte, daß eines der Bankretter zu knarren begann. Wir sahen, wie Ohlsen zusammenfuhr. Erschrocken starrte er zu dem kleinen Fenster des Fährhäuschens hinüber, und plötzlich drückte er die Mütze ins Gesicht und ging hastig davon. Seine Schritte verhallten irgendwo.

Wir sprachen noch eine Weile, dann hingen wir schweigend unseren Gedanken nach. Doch es dämmerte schon im Osten, ehe uns das eintönige Plätschern des Wassers in den Schlaf sang.

Spanische Volksmoral

und sinnloses Schlachten findet eine Frau, eine Mutter „sehr schön“! Seltsamer Geschmack! Seltsames Volk!

In der ersten Zeit meines Aufenthaltes in Spanien wunderte ich mich über folgendes: Gab man in irgendeinem Geschäft Silbergeld in Zahlung, so nahm der Verkäufer das Geldstück in die Hand und warf es auf einen neben der Kasse liegenden flachen Stein. Später wurde mir der Grund dieses Tuns klar: Es war eine Probe, ob das Geld echt war, oder ob es sich um Falschgeld handelte. Und es schienen sehr viele falsche Münzen im Umlauf zu sein, die sich aber, sowohl äußerlich sehr gut nachgemacht, durch ihre Zusammenfügung verrieten. Wurden sie nämlich auf den Stein geworfen, so blieben sie mit dumpfem Klange liegen, während die echten Silberstücke mit einem hellen Tone hoch in die Luft sprangen. Hatte man nun als unkundiger Ausländer einmal Falschgeld angebracht bekommen, so war es natürlich schwer, es wieder loszuwerden. Beim Wechseln einer Banknote in einer großen Buchhandlung hatte man mir einmal einige solcher Falschstücke mit aufgehängt, die ich scheinbar ewig mit mir herumschleppen sollte, denn überall gab man sie mir nach der natürlich negativ ausfallenden Steinprobe wieder zurück. Erst nach vielen Versuchen gelang es mir, sie wieder an den Mann, oder richtiger, an eine Frau, zu bringen. Von da ab war ich aber etwas klüger und wechselte mein Geld nur — wie es übrigens alle vorsichtigen Spanier tun — in den Staatsbanken. Da hat man wenigstens die Gewißheit, echtes Silbergeld zu erhalten.

Während eines Stierkampfes sahen neben mir zur Linken zwei junge Burschen von vielleicht 15 bis 16 Jahren, in blauem Leinwandanzug, schwarzer Westenmütze, Bastschuhen, als Sonntagsgeschmud ein weißes Schalkuch um den Hals geschlungen. In meiner linken Vordertasche hatte ich Erdnüsse stecken, die ich während der Vorstellung knabberte. Außerdem in der gleichen Tasche einen „Duro“, ein 5-Peseta-Stück. Das war natürlich leichtsinnig. Als ich voll Spannung den aufregenden Vorgängen in der Arena zusah, entfernten sich plötzlich unauffällig meine beiden Nachbarn. Sie kamen auch nicht wieder, trotzdem ich einen Papierlächer von ihnen, den sie mir voller Liebeshörigkeit kurz zuvor geliehen hatten, noch in meinen Händen hielt. Als ich wieder nach einer Ruhe greife, bemerke ich das Fehlen des Geldes. Alles Durchwühlen der Tasche hatte selbstverständlich keinen Zweck; das Geld war verschwunden und mit ihm die beiden Burschen, die sich wahrscheinlich längst in dem vieltaufendköpfigen Gewühl einen anderen Platz gesucht hatten und sich nun ihres Raubes freuen mochten. Sie etwa wiederzustunden, war aussichtslos. Ich hatte es ihnen aber auch zu leicht gemacht. Offenbar hatte der neben mir Sitzende nur einmal heimlich meine Rüsche probieren wollen; dabei war ihm das Silberstück in die Hand geraten und natürlich daran hängen geblieben. Großzügig hatten sie mir dafür ihren Fächer überlassen, den ich nun als Andenken behielt. Ein immerhin etwas kostspieliges Andenken, wenn man überlegt, daß sein Wert kaum 5 Pfennige betragen haben dürfte.

Rudolf Schneider.

Vom Arbeiter zum Gelehrten

Wer kennt Carl Cristian Bruhns, dessen Todestag sich am 25. Juli zum 50. Male jährt? Er hat nicht im Vordergrunde des öffentlichen Lebens gestanden, und deshalb werden auch nur die wenigsten von ihm gehört haben. Aber den Freunden der Naturwissenschaften und besonders der Sternkunde wird der Name Bruhns sicherlich schon häufig begegnet sein. Weniger bekannt wird aber den meisten der Lebensweg dieses Mannes sein, den ein glückliches Geschick und eine außerordentliche Begabung zu den höchsten Höhen der Wissenschaft emportrugen.

Bruhns war ein Kind des Volkes, hervorgegangen aus der Arbeiterklasse. Am 22. November 1830 ist er zu Plön in Holstein geboren. Seine Eltern waren einfache, wenig bemittelte Leute aus dem Arbeiterstande. Nach der Schulzeit kam der junge Bruhns nach Berlin, um hier ein Handwerk zu erlernen, und wurde — Schloßergeselle. Bis zu seinem 18. Lebensjahre ging er diesem Berufe nach, ohne irgendwelchen Ehrgeiz nach einer besonderen Position zu verraten. In seiner freien Zeit aber, wenn Hammer und Schraubstock ruhten, beschäftigte er sich gern mit mathematischen Aufgaben. Das entwickelte sich bei ihm zu einer Art Liebhaberei, wie bei manchen Deuten heutzutage das Kreuzworträtselraten. Zufällig wurde einmal der große Humboldt auf den jungen, intelligenten Schloßergesellen aufmerksam und sprach mit dem bedeutenden Astronomen Ende darüber, dem damaligen Direktor der Berliner Sternwarte, der außerdem Sekretär der Preussischen Akademie der Wissenschaften und Ordinarius an der Berliner Universität war. Ende suchte den jungen Mann gelegentlich auf und machte die Entdeckung, daß in Bruhns ein außerordentlich beachtenswertes rechnerisches Talent steckte. Ein paar mathematische Aufgaben, die Ende ihm aufgab, löste er zu dessen vollster Zufriedenheit. Daraufhin veranlaßte ihn der Sternwartendirektor, die blaue Krawatte auszugeben und sich dem Studium der Astronomie und Meteorologie zu widmen. Gleichzeitig verschaffte er ihm eine Stelle als zweiter Gehilfe an der Berliner Sternwarte. Hierbei zeichnete sich Bruhns durch seine Geschicklichkeit und seine gute Auffassungsgabe bald derartig aus, daß er schon nach zwei Jahren mit der Arbeit eines ersten Assistenten der Sternwarte betraut werden konnte.

Aber noch ganz andere Kräfte und Titel sollte der fleißige, begabte Mann bekommen. Mit dreißig Jahren wurde er als Professor der Astronomie an die Universität Leipzig berufen und bald darauf zum Direktor der dortigen Sternwarte ernannt. Damit begann eine außerordentlich fruchtbare Tätigkeit

für ihn. Bei jeder Gelegenheit setzte er sich bei der sächsischen Regierung für den Ausbau der wissenschaftlichen Forschungsinstitute ein, und drei Jahre nach seinem Amtsantritt waren schon 22 gut ausgerüstete meteorologische Stationen errichtet worden, denen sich später noch sieben weitere anschlossen. Mit hellem Blick erkannte er auch, daß die naturwissenschaftliche Forschung, wie ja überhaupt alle Kulturarbeit in der Welt, international sein müsse, und daß die von Menschen geschaffenen staatlichen Grenzen Hindernisse für ihre Entwicklung sind. Seinem Organisationsstalent gelang es tatsächlich, ein internationales meteorologisches Komitee ins Leben zu rufen und damit überstaatliche Vereinbarungen über wetterkundliche Untersuchungen usw. zu schaffen. Wie wichtig in jeder Beziehung die Arbeiten der Wissenschaft für die Menschheit sind, mag hier daraus hervorgehen, daß die sächsische Landwirtschaft, die häufig durch unvorhergesehenes schlechtes Wetter große Verluste bei den Ernten hatte, sich mit der Bitte an Bruhns wandte, ihr durch wetterkundliche Vorauslagen zu helfen. Mit Temperament nahm der gelehrte ehemalige Arbeiter sich dieser Angelegenheit an, und auf seine Veranlassung wurde in Verbindung mit der Hamburger Seewarte ein Wetterprognosedienst eingerichtet, der zu den ersten Unternehmungen dieser Art in Europa gehörte. Außerdem hatte er sich auch mit einer großen Zahl astronomischer Aufgaben befaßt, und viele wertvolle wissenschaftliche Veröffentlichungen zeugen von seinem ungeheuren Fleiß. Auch die Verpöhlungskommunion und Neugestaltung der Leipziger Sternwarte ist zum großen Teil auf seinen Einfluß zurückzuführen, und hier gelang es ihm ebendrin, sechs neue Kometen zu entdecken.

Seine letzten Lebensjahre waren durch Krankheit verdüstert, so daß er viele Ehrenämter, u. a. den Vorsitz der Leipziger Gesellschaft für Erdkunde, aufgeben mußte. Am 25. Juli 1881 beendete der Tod das arbeitsreiche Leben dieses verdienstvollen Mannes. Noch heute erinnern sich manche alten Leute in Leipzig, wo er eine bekannte und beliebte Persönlichkeit gewesen ist, gern an ihn. Die Arbeiterklasse aber darf stolz sein auf Carl Cristian Bruhns, der zwar nicht einer ihrer politischen Bestreitungskämpfer gewesen ist, aber auf dem ebenso wichtigen Gebiete der Wissenschaft Bedeutendes geleistet hat. Wie viele talentvolle Menschen mag es noch unter den Arbeitern geben, die befähigt wären, der Menschheit Großes zu schenken, die aber, durch die verkümmerte und ungerade Gesellschaftsform zu einer ungeeigneten Tätigkeit verurteilt und nicht durch ein gültiges Geschick begünstigt, niemals zur Entfaltung ihrer Begabung kommen können!

Erich Krag.

Schießerei in Berlin O.

Bundesgenossen vom Volkentscheid gegeneinander.

Vor dem Hause Lausiger Platz 18 kam es zwischen Rechts- und Linkradikalen zu einer Schießerei. Dabei wurde der 17jährige Hans Hoffmann aus der Waldemarstraße 22 durch Bauhofschuß schwer verletzt. Er mußte nach dem Bethanienkrankenhaus überführt werden. Der 18jährige Gerhart Schmidt, Lausiger Platz 17, erhielt einen Schuß ins Gesicht, während der 17jährige Heinz Perghammer, Köpenicker Straße 20, durch Schlagringhiebe am Kopf erheblich verletzt wurde. Die Täter konnten, trotzdem die Polizei sofort ihre Verfolgung aufnahm, entkommen. An der Kampfstätte wurden mehrere Patronenhülsen gefunden.

Polizei in der Kommunistenzentrale.

Abgeordneter Gohle festgenommen und wieder entlassen.

Das Karl-Liebknecht-Haus am Bülowplatz wurde gestern nachmittag von der Polizei nach verbotenen kommunistischen Druckschriften durchsucht. Die polizeiliche Aktion, die um 14 Uhr begann und gegen 16.30 Uhr beendet war, wurde mit einem größeren Aufgebot von Kriminalpolizei, Beamten der Abteilung IA und Schutzpolizei durchgeführt. Der kommunistische Landtagsabgeordnete Gohle, der die Beamten in ihrer Amtshandlung zu behindern versuchte, wurde festgenommen, später aber wieder freigelassen. Einige hundert verbotene Broschüren und Zeitschriften wurden von der Politischen Polizei beschlagnahmt.

Zu weiteren Zwischenfällen ist es während der Durchsuchung nicht gekommen.

Er betrog Kleinhändler.

Ein lange gefuchter Schwindler verhaftet.

Ein Schädling, der besonders Straßenhändler und kleine Geschäftsleute betrogen hat, wurde gestern endlich festgenommen. Es ist ein Betrüger, der schon seit mehreren Wochen gefucht wurde.

Der Festgenommene ist ein 26 Jahre alter Kaufmannslehrling Ernst Kühn. In der Maske eines Justizwachmeisters sprach er z. B. bei einem Straßenhändler in der Nähe des Kriminalgerichts vor und erzählte, daß er zusammen mit mehreren Kollegen eine größere Bestellung auf Zigaretten aufgeben wolle. Die Summen beliefen sich jedesmal auf 300 bis 400 Mark. Der Händler, erfreut über den lohnenden Auftrag, beschaffte die Waren und wurde von dem falschen Beamten mit in das Gebäude genommen. Unter dem Vorwande, daß die Vorgesetzten von der Bestellung nichts erfahren dürften, brachte der Gauner den Händler in ein leeres Zimmer, ließ ihn warten und verschwand mit den Zigaretten. Einen Händler, der dem Lieferanten gegenüber zur Zahlung der Ware verpflichtet war, hat dieser Trick an den Ruin gebracht. Gestern kam Kühn wieder zu einem Zigarettenhändler und bestellte für 450 Mark Tabakwaren, die angeblich für die Tombola des Sportklubs „Nixe“ in Tegel bestimmt sein sollten. In einem Restaurant in der Nähe nahm Kühn die Zigaretten in Empfang und machte sich dann auf die Suche nach dem Kassierer. Zum Glück paßte der Händler auf den Besteller scharf auf und sah ihn mit den Paketen durch einen Hinterausgang verschwinden. Er eilte ihm nach und konnte ihn festnehmen lassen. Ein Auftrag des Sportklubs war natürlich nicht erfüllt. Der schlimmsten Streich hat Kühn in der vorigen Woche einer Zigarettenfabrik gespielt. Bei ihr bestellte er 26 000 Zigaretten, die einen Wert von etwa 1000 Mark haben. Sie sollten für das Versorgungsamt in der General-Pape-Straße geliefert werden. Der Chauffeur, der sie brachte, wurde von Kühn in die Kantine gebracht und, während er dort ahnungslos wartete, machte sich der Betrüger mit den beiden großen Kartons aus dem Staube. Der betrogene Chauffeur muß die Summe ersehen. Wo Kühn die erkauferten Waren gelassen hat, steht noch nicht fest, er verweigert darüber jede Angabe. Es ist nicht bekannt, wie viele Straßenhändler und Geschäftsleute durch den Burschen geschädigt worden sind. Wer von ihm Bestellungen angenommen hat, wird deshalb ersucht, sich an die Dienststelle D 3 im Polizeipräsidium zu wenden.

Ein Küßchen in Ehren...

Aber Beamte können dabei nicht arbeiten.

In dieser Zeit, in der alle Menschen niedergedrückt herumgehen, glauben wir, der folgenden beachtlichen Zuschrift Raum geben zu können. Wir sind seit dem 30. Mai dieses Jahres verheiratet und in den Büroräumen gegenüber einem bekannten Berliner kommunalen Verwaltungsgebäude beschäftigt. Da stille Zeit ist und wenig Arbeit, standen wir am Fenster und freuten uns, daß wir bei dem fürchterlichen Regen, der soeben niederprasselte, im trockenen saßen. Und küßten uns ab und zu. Nach einigen Tagen klingelt das Telephon, der Chef wird verlangt. Meine Frau ist selbst am Apparat. Ein städtischer Beamter (sicher ein Junggeselle oder ein unglücklich Verheirateter) beschwert sich über das Küßchen. Meine Frau sagte sofort, daß doch der Herr nichts dagegen haben könne, wenn sich verheiratete Leute mal einen Kuß geben, und wenn es nun auch mal zufällig am Fenster ist. (Wenn wir uns im Raum küßen, können es die Herren nämlich auch sehen, da die Gardinen immer zurückgeschlagen sind.) Außerdem scheinen die Herren wohl nichts anderes zu tun zu haben, als dauernd die gegenüberliegenden Räume zu beobachten. Darauf erwiderte der Herr, es wäre doch ablenkend, die Damen und Herren lachen immerzu.

„Wie ist Ihre Hüftweite, Fräulein?“

Im Arbeitsnachweis für Mannequins

In der Besselstraße, einer Seitenstraße der oberen Friedrichstraße, befinden sich die Amorsäle. Wo einst, als die Friedrichstraße noch das Vergnügungs-, Fremdenverkehrs- und Bauernfängerviertel war, Musik ertönte und das Tanzbein geschwungen wurde, hier gehen in den Vormittagstunden Menschen aus und ein, die nicht Vergnügen, sondern Arbeit suchen, alte und junge, aber freudlos fast alle. Das Arbeitsamt Mitte hat hier Facharbeitsnachweise untergebracht, Musiker, Filmdarsteller sind es vor allem, die sich hier einfinden.

Den ganzen Vormittag strömt es hinein und heraus, an der ehemaligen Stätte des Vergnügens gibt sich jetzt die Not ein Stelldichein. Und wie Schemen einer besseren Vergangenheit dieses Hauses wirken einige pelzbedeckte, geschminkte junge Mädchen, die jetzt mit den anderen ihren Weg durch das Tor nehmen. Aber der Schein trügt, sie sind ebenfalls arbeitslos, trotz Pelz und Schminke gehen sie stempeln, und zwar im „Arbeitsnachweis für Mannequins“. Der verhältnismäßig kleine Raum ist mit ein paar Tischen und Stühlen ausgestattet, an den Wänden hängen Bilder von bekannten Helden der Weimarer — zu anderer Zeit befindet sich hier ebenfalls der Nachweis für Filmdarsteller — in der Ecke hinter einem Schreibtisch sitzt die Leiterin des Nachweises, von den Eintretenden meist persönlich begrüßt. Man kennt sich untereinander, und wenn eine Neue kommt, ist die erste Frage der Leiterin: „Was haben Sie für Hüftweite, Fräulein?“ Diese durchwegs sachliche Frage ist notwendig, denn die Körpermaße werden in die Kartei aufgenommen, es sind die Qualitätsbezeichnungen, nach denen bei Anforderungen der Modefirmen die Mannequins vermittelt werden. Die heutige Mode bevorzugt schlank, große Figuren, mittlere Größen sind schwer unterzubringen; aber eine elegante Frau bekommt immer Stellung, versichert mir die Leiterin. Die jetzt gangbaren Maße sind in der Großkonfektion Hüftweite 96 bis 102, und in den besseren Modellsalons 90 bis 94.

Sechshundert Mannequins gibt es in Berlin

davon sind zweihundert ohne Beschäftigung. In fester Stellung sind die vierhundert Beschäftigten jedoch ebenfalls nicht, denn nur wenige große Firmen haben heute noch ständige Mannequins, die meisten werden auf kurze Zeit, für eine Saison, für ein paar Wochen oder gar nur für eine Modenschau engagiert.

Der Betrieb wird jetzt recht lebhaft im Nachweis. Da kommt ein schlankes Mädchen herein, sehr elegant, aber sie spricht nicht so. Sie gibt einen Zettel zurück: „Das war nichts, die woll'n so 'ne Sportfigur haben, aber'n bisten voll“. Können Sie Mäntel anziehen? wird sie von der Leiterin gefragt, denn es sind von einer Mäntelfirma einige Mannequins verlangt worden. „Ree, ich bin oben zu schmal.“ So, dann ist heute nichts zu machen, denn für ein anderes Angebot ist sie wieder zu dünn.

Ein junges Mädchen kommt, aber die Leiterin zuckt bedauernd

Wir sind stolz darauf, daß wir es vermögen, die beamteten Damen und Herren in dieser traurigen Zeit etwas aufzuheitern, und da Lachen gesund ist, können wir auch stolz darauf sein, zur Gesundheit der Beamten und Angestellten beigetragen zu haben.

Kann denn unser Küßen wirklich stören, oder spielt nur der Reiz bei den Herren die Rolle? Interessant ist es nämlich, daß sich Beamte mit weiblichen Angestellten einer Firma dieses Hauses per Fenster verständigt und getroffen haben. Ich glaube, daß dies wohl noch mehr von der Arbeit ablenkt als unser Kuß; denn ein Küßchen in Ehren kann uns niemand verwehren, auch die Herren Berliner Beamten nicht!

Orkan über Lublin.

15 Personen getötet und viele schwerverletzt.

Warschau, 21. Juli. (Eigenbericht.)

Ein schwerer Orkan hat am Montag die langreckpolnische Stadt Lublin heimgesucht. Eine Windhose von großer Kraft deckte fast sämtliche Häuser der Stadt ab, entwurzelte Bäume und warf Autos und Eisenbahnwaggons um. Ein Teil der Stadt liegt völlig in Trümmern. Personen wurden von der Windhose erfasst, hochgerissen und aufs Straßensplaster oder an die Häusermauern geschleudert. Etwa 15 Personen sollen getötet und viele verletzt sein. Da die telegraphische und telephonische Verbindung mit Lublin gestört ist, fehlen noch genauere Angaben über die Zahl der Opfer und den Umfang der Katastrophe.

Giftschlangen sind keine Haustiere.

In Restomih (Tschchoslowakei) hatte der Besitzer eines Garten-Restaurants eine Anzahl giftiger Schlangen gezähmt und ihnen Bewegungsfreiheit in seinem Garten eingeräumt. Die Schlangen waren so dressiert, daß sie auf das Pfeifen des Wirtes herankamen, sich an ihm wie Katzen rieben und sich überhaupt sehr gesittet zeigten. Niemals wurde ein Fremder von ihnen angegriffen. Als die Behörde von diesem Idyll Kenntnis erlangte, gebot sie dem Wirt, die Tiere zu vertilgen oder wegzugeben, da sie

mit den Äpfeln. „So ein zerbrechliches Figürchen wie Sie ist ja nirgends unterzubringen. Wieviel haben Sie denn jetzt, Fräulein R.“ „Ich habe sehr viel abgenommen, ich habe nicht einmal mehr 87. Aber ich trinke jetzt Milch und Sahne, vielleicht komme ich wieder auf 90.“ „Na schön, dann werden wir weiter sehen.“ Sie bekommt ihren Stempel und geht wieder. Sie ist krank, und sie wird vielleicht niemals wieder „auf 90“ kommen. Aber sie hofft. Sie hofft alle in diesem Hause.

Eine andere kommt ebenfalls mit einem Zettel zurück, auch sie hatte vergeblich vorgelprochen. Mit ihr ist nichts mehr zu machen, versichert die Leiterin, denn sie ist bereits 35 Jahre, und in dem Alter ist ein Mannequin, wenn es sich nicht gerade um eine sehr schöne Frau handelt, nicht mehr unterzubringen. Diese Frau ist zu alt, von vieler Arbeit verbraucht, und selbst der reichliche Gebrauch von Puder und Schminke macht ihr müdes, abgepanntes Gesicht nicht mehr jugendlich. Aber ein Mannequin soll schön und jugendlich aussehen, sie soll grazios Kleider und Mäntel tragen und den Anschein erwecken, daß die Kleider oder Mäntel jugendlich und schick machen, denn dann kauft die „gnädige Frau“.

Mannequin zu sein ist durchaus kein Amüsierberuf, wie oft geglaubt wird. So eine Modenschau am Nachmittag und Abend ist ein ununterbrochenes und anstrengendes An- und Umkleiden; und beim Vorführen darf man nicht abgepannt und müde aussehen, denn das lächelnde Gesicht gehört zum Kostüm.

„Ganz Dame“

Das Mannequin muß „ganz Dame“ sein, den eleganten Kleidern, die sie vorführt, entsprechende Wäsche und Schuhe selbst besorgen — wie sie das Kunststück fertigbringt, diese Eleganz von der Entlohnung, die diesen Ansprüchen keineswegs entspricht, zu bestreiten, ist ihre Sache. Darum kümmert sich die Firma nicht, sie verlangt nur und zahlt für eine Modenschau am Nachmittag und am Abend 10 M. Der zahlungskräftige „Freund“ ist also eine stillschweigende Vorauszahlung. Das Leben dieser Mädchen steht oft in schroffem Widerspruch zu den eleganten Kleidern, die sie vortragen haben. Sie entstammen meist einem proletarischen oder kleinbürgerlichen Milieu, und der „Prinz“, der im Film zwar stets erscheint, kommt im wirklichen Leben nur ausnahmsweise. Einige Jahre leben sie in einem Halbglanz, bis es eines Tages heißt: zu alt. Und bereits mit dreißig Jahren beginnen selbst in besseren Zeiten die Schwierigkeiten, eine Stellung zu bekommen. Dann muß der Beruf gewechselt werden, und das ist sehr schwierig, denn sie haben meist keinen anderen Beruf gelernt. Manche waren früher Verkäuferin oder sonstwie in der Konfektion tätig, sie gehen nach Möglichkeit in ihren alten Beruf zurück. Andere arbeiten als Heimarbeiterinnen, aber für alle ist die Zeit der schönen Kleider vorbei. Ein paar Jahre währt das trügerische Glück und die Hoffnung, einmal ein Leben lang und nicht nur vorübergehende elegante Kleider tragen zu dürfen. Aber das Ende ist hier wie überall das proletarische Schicksal: zu alt — arbeitslos — — —

nicht als Haustiere gehalten werden dürfen. Der Gastwirt berief gegen diese Entscheidung, doch wurde seine Berufung abgewiesen. Anmehrer wurde das Urteil auch vollstreckt. Eine Gendarmereipatrouille erschien im Restaurant und tötete die Schlangen. Die toten Schlangen wurden auf die Polizei mitgenommen.

Rücksichtslose Fahrzeugführer.

In ihrem Kampfe gegen rücksichtslose Fahrzeugführer hat die Polizei im Monat Juni 2124 Strafverfügungen und 1482 Verwarnungen erlassen. Darunter befinden sich 347 wegen vorfahrtswidrigen Fahrens und 465 Verwarnungen, 105 Strafverfügungen wegen Geräuschbelästigung und 30 Verwarnungen, 404 Strafverfügungen wegen Uebertretung der Drohschuldenordnung mit 176 Verwarnungen, 275 Strafverfügungen wegen Parkens an verbotener Stelle und 262 Verwarnungen, 219 Strafverfügungen und 248 Verwarnungen wegen sonstiger Verstöße.

Opfer der Bruderliebe.

Zwei Schweizer Bergführer, die Gebrüder Ogi, hatten vom Vötschtal aus mit einer Partie von zwölf Schweizer Touristen die Besteigung des 3700 Meter hohen Lauterbrunner Freithorns unternommen. Beim Abstieg glitt der eine Führer, Fritz Ogi, aus und stürzte und trug erhebliche Verletzungen davon. Sein Bruder wollte ihm zu Hilfe kommen, glitt aber seinerseits aus und stürzte über eine hohe Felswand auf ein Schneefeld, wo er mit einem Schädelbruch liegen blieb und auf dem Transport ins Tal verstarb.

Verkehrsrückgang überall! Im Laufe der ersten sechs Monate dieses Jahres wurden von den S-Bahnen (Stadt-, Ring- und Vorortbahnen) nur rund 209 Millionen Personen gegenüber 228 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres befördert, so daß sich eine Verkehrsabnahme um 23,8 Millionen Fahrgäste oder nahezu 10 Prozent ergibt.

„Im Westen nichts Neues“, der Antikriegsfilm, der mit unermindertem Erfolg für die Mitglieder der freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und anderer Organisationen gegeben wird, läuft noch bis zum 30. Juli in einer Reihe von Lichtspieltheatern. (Siehe Inserat in der Sonntagsausgabe des „Vorwärts“.)

KREITER INDIANER

Rein Übersee-Zigarette

und doch nur 10¢

Zigarillos: KLEINE INDIANER Stück 68

Das ist Kreiter
 32% Havana
 45% Brand
 20% Java
 23% Sumatra
 Sumatra-Gambian
 Sumatra-Oriskani

Sakentkrenzprozess in Bayern.

Die Hitlerfeinde in der Verwaltung. — Justiz wie 1923?

München, 21. Juli. (Eigenbericht.)

In dem großen Landfriedensbruchprozess in Weilheim (Oberbayern), wo gegenwärtig über eine von den Nazis angezettelte sehr blutige verlaufene Saalstraße verhandelt wird, stellte sich heraus, daß die Hitlerpartei auf den Postämtern, wo sie unter den Beamten über Anhänger verfügt,

sogenannte SA-Beobachter eingerichtet hat, denen die Aufgabe zufalle, alle unter dem Schutz des Amtsgeheimnisses stehenden dierfülligen Vorgänge von politischer Bedeutung ihrer Partei zu melden.

Am Sonntag, dem 1. Februar dieses Jahres, sprengten die Nazis eine sozialdemokratische Versammlung in Murnau, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Kuer, München, referierte. Die Folgen waren eine schwere Schlägerei, völlige Demolierung des Lokals mit rund 3000 Mark Sachschaden und eine erhebliche Anzahl Schwerverletzte. Wegen dieser Vorgänge stehen jetzt 26 SA-Leute Hitlers und 7 Angehörige des Reichsbanners in Weilheim vor Gericht. Sie haben sich wegen schweren Landfriedensbruches, verabschiedeter Versammlungsprengung, Verletzung des Telegraphengeheimnisses und anderer Delikte zu verantworten. Die beabsichtigte und organisierte Versammlungsprengung ist einwandfrei nachgewiesen durch einen bei den Gerichtsakten liegenden geheimen Sturmbefehl, den der SA-Führer Köhler am 29. Januar an alle „Gruf und Truf im Sturm 55“ erlassen hat.

Noch am gleichen Tage erhielt die sozialdemokratische Parteileitung Münchens Kenntnis von diesem Befehl und richtete ein Warnungstelegramm an ihre Murnauer Parteifreunde. Dieses Telegramm wurde den Nazis sofort durch den Postassistenten Hilar vom Weilheimer Postamt verraten.

Hier ist nämlich der sogenannte SA-Beobachter für den Weilheimer Bezirk und in dieser Funktion dazu bestimmt, alle dienstlichen Vorgänge von politischer Bedeutung der Sakentkrenzparteileitung zur Kenntnis zu bringen. Das Schriftstück, mit dem er in diesem Falle das Amtsgeheimnis preisgab, befindet sich ebenfalls bei den Akten des Staatsanwalts.

Hauptangeklagte sind der Bezirksleiter der Nazis, Engbrecht, SA-Sturmführer, Ingenieur Köhler und der SA-Truppenführer Gastwirt Röhler, die in der Anklageschrift des Staatsanwaltes als die Räbelsführer des Landfriedensbruches bezeichnet sind. Eine Hausdurchsuchung bei dem erstgenannten Angeklagten förderte ein Maschinengewehr mit Ersatzteilen zutage. Die Vernehmung der angeklagten Sakentkrenzler ergab bisher keine wesentlichen Momente. Ihre Aussagen waren auf Leugnen abgestellt und zeigten eine beinahe wörtliche Übereinstimmung. Ihre im Untersuchungsprotokoll gemachten Teilgeständnisse bezeichneten sie als erpreßt und gefälscht, eine daß der Gerichtsvorsteher dagegen, etwas einzuwenden hatte. Er schwieg selbst, als der angeklagte Reichsbannerinspektor Weiß unter Berufung auf das berühmte Schandwort Jarnoms die Justiz als Dirne der Republik bezeichnete. Auf einen empörten Hinweis des Verteidigers der Reichsbannerangeklagten meinte der Staatsanwalt, in dem Buch Jarnoms sei ja nur die preussische und nicht die bayerische Justiz gemeint.

Frecher Ton eines Beamten.

Professor vom „Dritten Reich“ an der Frankfurter Akademie!

Die Landtagsabgeordnete Genossin Berta Jourdan hatte unlängst eine kleine Anfrage wegen des an der Frankfurter Akademie amtierenden Professor Dr. Ernst Kried, seines Zeichens Lehrer der Pädagogik, eingebracht. In dieser Anfrage war ausgeführt, daß Professor Kried anfänglich einer Sonnenwendfeier in der Nacht vom 20. zum 21. Juni in seiner Festrede lebhaft Propaganda für das Dritte Reich entfaltet und diese mit den Worten „Heil dem Dritten Reich“ geschlossen habe. Das Staatsministerium war gefragt worden, was es gegen diesen Propagandisten des Dritten Reiches zu tun gedenke?

Hierzu verordnete Professor Dr. Ernst Kried eine „Erklärung“ an die Presse, in der er den obenstehenden Tatbestand im wesentlichen zugibt. Er entschuldigt sich lediglich damit, daß seine Rede auf „Symbolik“ eingestellt gewesen sei und daß das „durchaus der religiös-geschichtsphilosophischen Spätere angehörige, namentlich 700jährige Symbolwort (!) vom Dritten Reich“ eben auch nur „symbolisch“ gebraucht und seine Linie ausdrücklich von dem 1902 verstorbenen Pädagogen Professor Dr. Joachim von Flores über Lessing zu Noeller von den Druck gezogen wurde.

Also, was in seinem pädagogischen Lehrfach Professor Dr. Ernst Kried wahrscheinlich als eine schulbudenmäßige Ausrede bezeichnen würde. Dafür sucht dieser Professor vom Dritten Reich, was ihm an sachlichen Argumenten fehlt, durch eine freche Propagation am Schluß seiner Erklärung zu ersetzen. Dort heißt es nämlich:

Diese „kleine Anfrage“ stellt offensichtlich den unter dem Schutz der Abgeordnetenimmunität leichtfertig begangenen Tatbestand der Beamtenbeleidigung, der üblen Nachrede und der falschen Anschuldigung dar. Ihr Tenor ist eine einzige öffentliche Verleumdung. Gegen solche privilegierte Ehrabschneidung bietet leider das Recht dem Staatsbürger keinen Schutz. Frau Jourdan ist hiermit aufgefordert, ihrerseits mich zu verklagen, damit sie Gelegenheit erhält, ihre Behauptungen vor Gericht zu beweisen und ich Gelegenheit erhalte, die von ihr getriebene Bespötelung und Denunziation gebührend öffentlich zu entlarven. Ein Ausweichen müßte als ehrlos (!) gelten.

Wenn Herr Professor Kried durch dieses Schreiben an die Presse den Beweis erbringen wollte, daß er für das Amt eines Staatsbeamten an sich und für das eines Lehrers der Pädagogik (!) speziell völlig ungeeignet ist, so ist ihm das durch seine Erklärung hundertprozentig geglückt. Wer, auf unredlichen Pfaden ertappt, seine Mut hierüber so wenig zu meistern weiß und mer der Volkserziehung gegenüber einen derart unerschämten Ton anschlägt, der gehört nicht ins Amt, am allerwenigsten an eine Lehrstelle für Pädagogik.

Das in Schneidemühl notgelandete polnische Militärflugzeug hat weder Waffen noch eine Photokamera mitgeführt; die Flieger sind zu drei Tagen Haft verurteilt worden. — Der 14jährige Elektrotechniker Reichert aus Bistfod a. d. D. geriet mit drei anderen lettischen deutschen Jungwundern auf polnisches Gebiet und erschoss den Grenzwehrosoldaten Rowatowski, der die Buchsen verhaften wollte. Nach Deutschland zurückgeschickt, wurden die Burken verhaftet und dem Amtsgericht Meseritz eingeliefert.

Im belgischen Kongostaat soll der Distriktskommissar Ballot, der sich nach einem Dorfe bei Leopoldville begeben hatte, um einen Angriff auf einen Kaufmann zu untersuchen, von Eingeborenen ermordet worden, sein Leichnam gefischt und aufgefressen und dann der Ortsverwalter angegriffen worden sein. Polizei reitete ihn, im Kampfe wurden sieben Eingeborene getötet, später noch etwa fünfzig Eingeborene durch Maschinengewehrsfeuer.

Die Schwerindustrie.



„Herr Minister, den „Vorwärts“ verbieten! Er heizt gegen uns Generaldirektoren und bezweifelt unsere Seriosität!“

Brüning aufhängen!

Deutschnationale Heilsrezepte in der „Neuen Welt“.

Die Deutschnationale Volkspartei hatte gestern ihre Anhänger zu einer Kundgebung für das Volksbegehren zur Auflösung des Preussischen Landtags aufgerufen. Vorsichtshalber hatten die Veranstalter die Kundgebung in einen Saal der Neuen Welt verlegt, da sie von vornherein eine auch nur einigermaßen volle Besetzung des Sportpalastes für aussichtslos hielten. Aber auch die Räumlichkeiten in der Neuen Welt, besonders die Tribünen, hätten noch einigen Zugang vertragen können. Mit dem prahlerisch verkündeten Massenandrang zum Volksbegehren scheint es also bei Hugenberg nichts zu sein.

Als Redner traten Hugenbergs enger Mitarbeiter Dr. Bang, ehemaliger Finanzminister in dem Siedentageregime von Kapp und der oberpreussische Abgeordnete Dr. Kleiner auf. Herr Bang hatte sich zum Thema die Reparations- und Erfüllungspolitik in erster Linie ausgewählt und was er an prahlerischen Phrasen über die „Erfolge“ einer nationalistischen Reparationspolitik, d. h. einer Politik der gänzlichen Zahlungseinstellung vordrachte, unterließ sich in nichts von seinen seitdem betannten Reichstagsreden. Bei alledem unterließen ihm aber einige Wahrheiten, die festgehalten werden müssen. Wenn Herr Bang z. B. erklärt, daß der deutsche Speicher nicht leert, wie schamlos er von der Presse, seiner geistigen Nährmutter, belogen wird. Im Hinblick auf die Duldsamkeit der Leser der Hugenberg-Prese wollen wir Herrn Bang zugeben, daß er damit ins Schwarze getroffen hat. Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte Bang mit einer

wüsten Hehe gegen den Reichskanzler Brüning

ein. Unter bewußter Entstellung der Tatsachen legte er die Entwicklung der letzten Monate so dar, als ob England und Amerika Deutschland schon vor dem Hoover-Plan aus den Klauen des habgierigen Frankreich hätten reißen wollen, daß aber Brüning und sein Kabinet diese Hand ausgeschlagen hätten. Diese Darstellung verfehlte ihre Wirkung nicht.

„Er soll nur zurückkommen“, erscholl es drohend von den Tribünen. „Aufhängen“ freischte eine Frauenstimme unter dem brüllenden Beifall der entseelten Masse.

Natürlich ließ es Herr Bang auch nicht an den wüsten Ausfällen gegen Preußen und gegen die Sozialdemokratie fehlen. Die Ansprache des zweiten Redners Dr. Kleiner steigerte die Erregung im Saal bis zur Siedehöhe.

Die Ausreisesteuer.

Abbau noch vor dem Inkrafttreten.

Die Ausführungsbestimmungen zu der Rotverordnung über die Besteuerung von Auslandsreisen sind am Dienstagmittag fertiggestellt worden. Sie dürften die Rotverordnung in der Praxis ziemlich wirkungslos machen. Aus Prestigerücksichten hat man davon abgesehen, die Verordnung sofort aufzugeben.

Inzwischen hagelt es von allen Seiten Proteste gegen die Verordnung, namentlich von wirtschaftlichen Organisationen. Der Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelsrat, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels und der Reichsverband der Deutschen Industrie haben gemeinsam den zuständigen Regierungsstellen gegenüber die Notwendigkeit herangezogen, mit sofortiger Wirkung überall dort Ausnahmen zuzulassen, wo überwiegende wirtschaftliche Gründe gegen die Erschwerung von Auslandsreisen sprachen. Solche Ausnahmen sind vor allen Dingen nötig für nachgewiesene Geschäftszweige, für die Entsendung von Arbeitnehmern in das Ausland zur Ausführung von Auslandsaufträgen deutscher Firmen, also in erster Linie von Monteuren und Schiffsbefehlungen; auch für gewisse Bildungszwecke seien Ausnahmen erwägenswert. Schließlich wird betont, daß der Erholungsreiseverkehr auf deutschen Seeschiffen von deutschem Hafen nach deutschem Hafen wirtschaftlich überhaupt nicht als Auslandsreise gelten dürfte und anzusehen sei und daher ebenfalls von der Gebührenerhebung ausgenommen werden sollte.

Kundgebung des Saargebiets.

Treu dem deutschen Reich und Volk.

Saarbrücken, 21. Juli.

Im Landesrat gab am Schluß der Sitzungsperiode Abg. Kiefer (Zentrum) im Namen sämtlicher bürgerlicher Parteien und der Sozialdemokratie eine längere Erklärung zur gegenwärtigen

bis zur offenen Mordhege verstiegen sich die massenhaften Jurist.

die aus der Versammlung den Redner zu immer wüsteren Ausfällen hinreihen sollten. Einen Augenblick schien es Herrn Kleiner selbst angst vor den eigenen Worten zu werden, denn er sah sich selbst genötigt, die Tribüne um etwas mehr Mäßigung zu bitten. Einige Minuten später aber goß er schon wieder Öl ins Feuer.

Die Forderung des „Vorwärts“ an die Regierung, den Kampf gegen die nationalistischen Umtriebe mit allen Mitteln aufzunehmen, bezeichnete Kleiner als eine ausgesprochene jüdische Unverschämtheit. (Zuruf von der Tribüne: Abtreten!) Der Nationalist sei heute in Deutschland vogelrei, gehetzt und verfolgt. Wer aber eine Volksbewegung schlage, müsse gewärtig sein, daß wieder geschlagen wird. (Lobender Beifall. Zuruf: Aber nicht nur mit der Faust!) Der unselbige gottverfluchte Zeitgeist müsse abgewürgt werden. Ein Kennzeichen dieses Zeitgeistes sei, daß Spekulanten gewinnen (und Hugenberg? D. Red.), anständige Menschen verlieren, Arbeitende barben und Bonzen prassen. „Wer schützt, geht leer aus, aber die Schulte leben in Saus und Braus.“ (Gedrüll und Beifallsgetrampel.)

Es ist gut so, fuhr der Redner fort, daß ein Zentrumskanzler die Erfüllungstriefe zur Erfüllungskatastrophe führen muß. Brüning erntet die Saat Mathias Erzbergers. Das ist gut so! (Loben der Tribünen.)

Die Zentrumspartei sei das Unglück Deutschlands, denn sie habe die deutsche Seele dem gottlosen Kapitalismus ausgeliefert. Wir brauchen heute einen Staatsmann von eisernen Nerven und schöpferischem Geiste, und ein solcher Mann ist ganz allein Hugenberg. Die Regierung, die Deutschland jetzt habe, sei eine Regierung, die ihr Gewerbe im Umherziehen betreibe. Herr Dr. Curtius sei nur zu ertragen, wenn er schweigt. Als er in London etwas von sich gab, war dem nationalen Deutschland so zunichte, daß es selbst am liebsten etwas von sich gegeben hätte. Wenn ein nationaler Schriftsteller geschrieben hätte, die französische Sicherheit sei erst gewährleistet, wenn der letzte Deutsche sich an seinen Hofenträgern aufgehängt hätte, so rufe er ins Land hinaus: Wir wollen uns nicht aufhängen. Ganz andere Leute gibt es, die sich aufhängen können. (Wilder Tumult, Rufe: Brüning, Brüning! Nachhelfen!)

gen politischen Lage ab: Es ist der sehnliche Wunsch der Saarbevölkerung, daß die jetzigen Londoner Verhandlungen zu einer wahren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich führen, die die nationale Ehre und die politische Freiheit des deutschen Volkes unangetastet läßt. Die Bevölkerung des Saargebietes will baldige Wiedervereinigung des ganzen Gebietes und Volkes mit dem angestammten Vaterland. Die gegenwärtigen Verhandlungen müssen auch diese Wiedervereinigung bringen. Angesichts der ernstlichen Bestrebungen der internationalen Politik, zu einem Zusammenarbeiten im Dienste Europas und der Welt zu gelangen, muß es tief bedauert und aufs schärfste verurteilt werden, daß die

Propaganda für die Domaniel-Schule und den Saarbund mit verstärkter Heftigkeit in vielen Bergmannsorten betrieben

wird und in der jetzigen zermürbenden Existenzunsicherheit die betreffenden Bergleute in Angst und Unruhe versetzt werden. Es zeugt nicht von edler und verständnisbereiter Befinnung, wenn verschiedene Grubenverwaltungen, entgegen der Erklärung des Generaldirektors Guilleaume, diese Propaganda nicht nur dulden, sondern auch fördern. Wir müssen hiergegen protestieren und die Regierungskommission an ihre Pflicht zum Schutze gesellter Menschen erinnern. Alle Bergleute fordern wir auf, geschlossen der getennzeichneten Propaganda Widerstand zu leisten, weil in dieser geschlossenen Wehr das beste Gegenmittel gegeben ist. Maßnahmen der Regierungskommission zum Schutze und zur Förderung des Gewerbetriebs sowie zur Auszahlung der Löhne, Renten und Gehälter sind zu ergreifen und durchzuführen, ohne damit die Betriebe mit Bindungen oder Belastungen zu belegen. Gleichzeitig ermahnen wir unser Volk, sich nicht von Unruhe und Angst erfassen zu lassen, sondern der deutschen Währung zu vertrauen.

Der neue amerikanische DeTrust. Der Zusammenschluß der Standard Oil Co. of New York mit der Vacuum Oil Co. wird in der Weise erfolgen, daß die neue Gesellschaft das Kapital dieser beiden Riesenfirmen übernimmt. Die neue Gesellschaft wird ein Aktienkapital von 1 Milliarde Dollar, also 4,2 Milliarden Mark, haben. Ihr Name lautet Socony Vacuum Corporation. Der Name Socony war bisher die Börjensabkürzung der Standard Oil Co. of New York.

